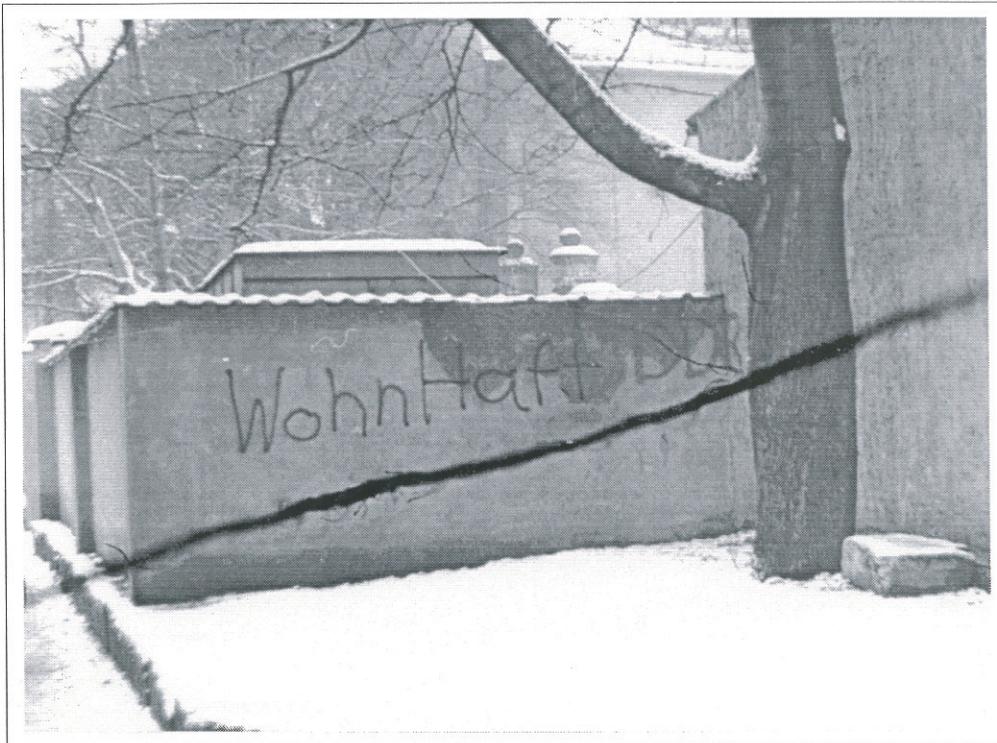


■ **Mut
zum
Widerstand**



Thüringer Institut für
Lehrerfortbildung,
Lehrplanentwicklung
und Medien



Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR

Die Reihe „Materialien“ wird vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien im Auftrag des Thüringer Kultusministeriums herausgegeben, sie stellt jedoch keine verbindliche, amtliche Verlautbarung des Thüringer Kultusministeriums dar.

Diese Publikation ist in der Außenstelle Erfurt und in der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik entstanden und wurde in Kooperation mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien realisiert.

2002

ISSN: 0944-8691

Herausgeber:

DIE BUNDESBEAUFTRAGTE
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen DDR

Außenstelle Erfurt

Petersberg 19

99084 Erfurt

Tel.: 0361 / 55 19 – 0

Fax: 0361 / 55 19 – 47 19

asterfurt@bstu.de

<http://www.bstu.de>

Thüringer Institut für
Lehrerfortbildung, Lehrplan-
entwicklung und Medien / ThILLM

Heinrich – Heine – Allee 2 – 4

99438 Bad Berka

Tel.: 036458 / 56 – 0

Fax: 036458 / 56 – 300

institut@thillm.thüringen.de

<http://www.thillm.de>

Inhalt:

Einleitung: Dr. Ehrhart Neubert, BStU

Texte: Marion Wagner, BStU, Außenstelle Erfurt
Matthias Henke, BStU, Außenstelle Erfurt

Gestaltung: BStU, Außenstelle Erfurt

Methodik / Didaktik: Dr. Hans-Peter Ehrentraut-Daut, Thillm

Druck: gb Druckerei Arnstadt

Kein Teil dieser Publikation darf ohne schriftliche Einwilligung der Herausgeber in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Die Herstellung von Auszügen zur Verwendung an Thüringer Bildungseinrichtungen, insbesondere für Unterrichtszwecke, ist gestattet.

Diese Publikation wird gegen eine Schutzgebühr von 4,-- € abgegeben.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung.....	6
1. Widerstandsgruppe 1950 in Erfurt.....	8
2. Weimar, 17.6.1953 – Mähdrescherwerk.....	10
3. KZ und Zuchthaus in zwei Diktaturen.....	14
4. „Auf mein Stück Land kommt keiner!“.....	16
5. Gestreikt für höhere Löhne.....	18
6. Solidarität mit den Prager Freunden.....	20
7. „Nieder mit der Mauer!“.....	22
8. Verweigerung des Militärdienstes.....	24
9. Abstimmung mit den Füßen.....	26
10. Friedensmeditation in der Jakobskirche.....	28
11. Widerstand gegen Pseudowahlen.....	30
12. Keine Chance für die Punks?!.....	32
13. Nachteile bewußt in Kauf genommen.....	34
14. Die Rache der „teuren Genossen“.....	36
15. Sprühen für das Recht auf Ausreise.....	38
Zeittafel.....	40
Abkürzungsverzeichnis.....	42

Mut zum Widerstand

Materialien zur Aufarbeitung
der DDR – Geschichte

Themenreihe des Thilm

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung,
Lehrplanentwicklung und Medien

DIE BUNDESBEAUFTRAGTE für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Vorwort

*Aufklärung ist der Ausgang des Menschen
Aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. ...
Zu dieser Aufklärung aber ist nichts erfordert als Freiheit;
und zwar die unschädlichste unter allem,
was nur Freiheit heißen mag: die von seiner Vernunft
in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.*

Immanuel Kant

Mit der vorliegenden Broschüre „Mut zum Widerstand“ entstand das dritte Heft der Reihe Thillm-Materialien in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Erfurt der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes des ehemaligen DDR. Es richtet sich an Lehrer, Schüler und Interessierte, die sich mit dem Thema der politischen Herrschaft und dem Leben in der DDR beschäftigen wollen.

Das Leben in der DDR war für die meisten Menschen in hohem Maße reglementiert. Auf der Basis des Marxismus/Leninismus und der Ideologie des Antifaschismus schufen die SED und das MfS ein politisches System, das sich durch umfassende Repression auszeichnete.

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes – in der Außenstelle Erfurt der Bundesbeauftragten sind 1 700 laufende Meter Akten zu Betroffenen überliefert – künden von Unterdrückung und Unrecht, Verfolgung und Verrat. Sie sind auch Zeugnisse von Mut und Widerspruch der Bürger gegen den Staat, von ihrer Zivilcourage und ihrem Widerstand trotz großer Angst vor Konsequenzen.

Die hier dokumentierten Geschichten geben einen Einblick in die Vielfalt der in den MfS-Unterlagen enthaltenen Biographien und Schicksalen von Menschen, die sich widersetzen und sich verweigerten.

Ziel der Herausgeber ist es, eine differenzierte Sicht auf den Widerstand von Menschen gegen die Diktatur der SED zu ermöglichen. Sie möchten den Lernenden und Interessierten Denkanstöße geben und zur Nachdenklichkeit anregen für die Beantwortung von Fragen nach der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft in der DDR und heute. Dieses Heft soll Unterstützung leisten, sich ein eigenes Bild von Politik zu machen und ist ein Angebot zur Auseinandersetzung mit den Begriffen Freiheit, Unfreiheit, Anpassung und Widerstand.

Die Reihenfolge der Geschichten ist chronologisch geordnet und jede ist aus sich selbst heraus verständlich. Die Autoren haben es verstanden, die Beispiele authentisch und anschaulich zu beschreiben.

Wir möchten allen danken, die sich für die Herausgabe dieses Heftes engagierten und mitwirkten.

Elke Nowojski

Außenstellenleiterin
Außenstelle Erfurt der BStU

Bernd Schreier

Direktor Thillm, Bad Berka

Einleitung

In einer funktionierenden Demokratie reifen politische Entscheidungen im Wechselspiel des öffentlichen Meinungsstreites zwischen Regierenden und Opposition. Die kritische Funktion der Opposition ist durch das Grundgesetz abgesichert. Die Bürgerinnen und Bürger haben das letzte Wort an der Wahlurne, aber sie können sich auch zwischen den Wahlen in die politische und gesellschaftliche Willensbildung einmischen. Es kommt dem Gemeinwohl zugute, wenn möglichst viele Menschen in den Kommunen, in den demokratischen Parteien, in Interessenverbänden und Gewerkschaften, in Kirchen und Vereinen aber auch als einzelne in den Medien an den Debatten um politische und soziale Problemlösungen teilnehmen. Das kritische und verantwortliche Engagement der Bürger ist gefragt. Das demokratische Gemeinwesen lebt davon, dass die Menschen diese Mühen auf sich nehmen und manchmal auch mit Zivilcourage für Freiheit und Recht eintreten.

Anders war es in den beiden deutschen Diktaturen. Bei den Nationalsozialisten 1933 bis 1945 mussten sich die Deutschen bedingungslos dem „Führer“ unterordnen. In der sozialistischen „Diktatur des Proletariats“ der SED von 1949 bis 1989 sollten die Ostdeutschen die „führende Rolle“ der SED widerspruchslos hinnehmen. Die Einheitspartei und ihre Führer bestimmten, was für die Menschen gut sei und stellten ihren politischen Willen über das Recht der Bürger. In beiden Diktaturen gab es aber Menschen, die die bedingungslose Unterwerfung und Entmündigung nicht hinnehmen wollten. Ein Beispiel dieses Heftes stellt einen Mann vor, der sowohl in der NS-Zeit als auch später im SED-Sozialismus wegen seiner politischen Überzeugung Widerstand leistete und dafür verfolgt wurde.

In der DDR entwickelten sich seit der Staatsgründung vielfältige Formen von Widerstand und Opposition. Sie wehrten sich gegen Rechtsbrüche und Verletzungen der Menschenrechte, rangen um Meinungs- und Religionsfreiheit, traten für

das Recht auf Freizügigkeit oder die kulturelle Selbstbestimmung ein. Wer sich auf diese Weise engagierte, trug oft hohe Risiken. Oppositionelle und Widerständler wurden verfolgt, mundtot gemacht oder aus dem Land verdrängt. Obwohl die DDR ein kleines Land war, gab es in den vierzig Jahren ihres Bestehens 250000 politische Gefangene, Millionen flohen in den Westen, das MfS hat mit konspirativen Mitteln gegen unzählige Kritiker Zersetzungsmaßnahmen ergriffen und in das Leben der Menschen hineinregiert.

Zum politischen Widerspruch gehörten deswegen Mut und Zivilcourage. Dieses Heft bietet eine Reihe von Beispielen für diesen Bürgermut in der DDR. Zwar haben viele Menschen die offene Auseinandersetzung mit den Herrschenden aus Sorge um ihre und ihrer Kinder Existenz gescheut, Kompromisse mit der Staatspartei angestrebt oder sich ins unpolitische Privatleben zurückgezogen. Sehr viele aber haben versucht, die erzwungene Passivität zu durchbrechen.

Die Spannbreite der mutigen Handlungen reichte von der Weigerung, in der Unterdrückungsmaschine mitzuarbeiten, bis zum organisierten Widerstand durch öffentliche Proteste. So wird über die Verweigerung berichtet, dem MfS als Spitzel gegen andere Menschen zu dienen. Es wird der passive Widerstand der Landwirte gegen die Zwangskollektivierung gezeigt, wie auch von Arbeitern gegen den Sozialabbau oder den Druck gegen das Sehen und Hören westlicher Medien. Mehrere Beispiele zeigen Formen des Protestes durch die Anfertigung von Flugblättern, wie dies in der gesamten DDR-Zeit unternommen wurde. Proteste gegen den Einmarsch der sozialistischen Ostblockarmeen in die Tschechoslowakei im Jahr 1968, weil dort mehr Freiheit gewährt wurde, Aktionsformen der oppositionellen Friedensbewegung oder die Bemühungen Jugendlicher, eine freie Selbstbestimmung ihrer Lebensweise durchzuhalten, veranschaulichen die Differenz zwischen den Mächtigen und den Bürgern.

Einige Beispiele zeigen auch die demokratischen Defizite der DDR. Dazu gehören die Proteste und die Teilnahmeverweigerung an den Scheinwahlen. Ebenso wird das Dauerproblem der DDR deutlich - die gewaltsame Teilung Deutschlands durch Mauer und Stacheldraht.

Die Versuche der Menschen, durch das konsequente Betreiben der Ausreisewünsche oder durch Flucht sich dem SED-Staat zu entziehen, offenbaren, wie wenig sich die Deutschen mit der Teilung abgefunden hatten.

Zudem zeigen die harten Maßnahmen des MfS, der politischen Justiz und anderer Behörden, gegen politische Kritiker unter dem Schein des Rechtes mit Gefängnisstrafen und vielen anderen Benachteiligungen vorzugehen, welches Unrechtspotential diese Diktatur bereithielt.

Das Heft soll auch dazu anregen, sich vertieft mit der DDR-Geschichte auseinander zu setzen. Diesen Teil der DDR-Geschichte heute zu erinnern und zu vergegenwärtigen, ist über die bloße historische Betrachtung hinaus wichtig.

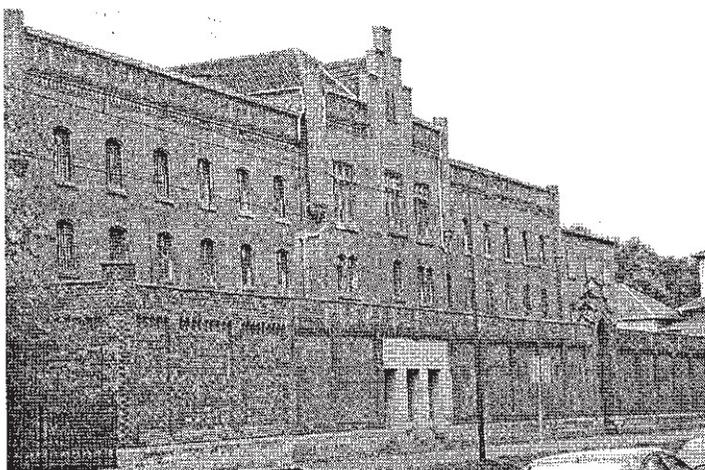
Die Beispiele sprechen für die bitteren Realitäten der Diktatur, ihre Mängel und ihre Unfähigkeit, dem Menschen gerecht zu werden. Indirekt werden damit die Vorteile der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie greifbar. Selbst wenn es in der DDR manches gegeben hat, woran sich Menschen gerne erinnern, darf dieser Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie nicht verwischt werden.

Darüber hinaus gebieten diese Beispiele Respekt vor Menschen; die so viel Bürgermut aufbrachten. Es geht dabei nicht um Heldengeschichten von einigen wenigen Ausnahmen. Vielmehr geht es um Leitbilder und Maßstäbe für das selbstverständliche politische und soziale Handeln von Bürgern, die sich die Freiheit nahmen, die ihnen vorenthalten wurde. Denn auch heute, nach der friedlichen demokratischen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands 1990, braucht die Demokratie selbstbewusste Bürger, die ihre Rechte in Anspruch nehmen und verantwortlich in politischen Fragen mitreden und mithandeln.

Widerstands- gruppe 1950 in Erfurt

"Verbrecherische Elemente gefährdeten Frieden und Aufbau des deutschen Volkes" heißt es in einem Beitrag in einer Thüringer Zeitung im Oktober 1950. Deswegen seien diese Agenten und Handlanger des RIAS¹ zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Wer waren diese „verbrecherischen Elemente“? Eine dieser „Agenten“ war die damals 31-jährige Angestellte Ilse Reim. „Die Beschuldigte war politisch indifferent und entwickelte sich unter dem Einfluß des Meinhard zu einem aktiven Gegner der Deutschen Demokratischen Republik“, heißt es über sie in der Anklageschrift. Die aktive Gegnerschaft der jungen Frau bestand darin, dass sie aufgrund der Anregung von Dr. Meinhard 60 Flugblätter mit ihrer Schreibmaschine herstellte und in Erfurt verteilte. Mittels dieser Flugblätter wurden die Bürger aufgerufen, aus Protest über die Politik der SED am 20. Juli 1950 allen politischen und kulturellen Veranstaltungen fernzubleiben. An diesem Tag fand der III. SED-Parteitag statt. Außerdem verfaßte Ilse Reim ein Spott – Gedicht über die DDR und heftete dieses an eine Tür ihrer Arbeitsstelle. Auf ihrer Urlaubsfahrt nach Schwerin im August 1950 machte sie in Westberlin Station und besuchte das Funkhaus des RIAS. Dort bekam sie Broschüren, die sich kritisch mit der DDR auseinandersetzen.



Das Erfurter Untersuchungsgefängnis, in dem auch viele politisch Inhaftierte auf ihren Prozeß warteten.

Foto: BSTU

Die 20-jährige Lisbeth Arnold war Pfingsten 1950 mit ihrer Freundin beim Deutschlandtreffen der FDJ² in Ostberlin. Beide folgten dem Aufruf des RIAS, über die Zustände in der DDR im Allgemeinen und über die des Treffens im Besonderen zu berichten. Auf diese Weise kamen sie ebenfalls in Kontakt mit dem Sender.

Nach ihrer Rückkehr plante sie mit anderen Bekannten und Freunden in Erfurt weitere widerständige Handlungen. Eine dieser Personen war der Spitzel, dessen Berichte die Behörden zum Eingreifen bewogen hatten.

RIAS-Handlanger ins Zuchthaus
Erfurter Agenten verurteilt – Verbrecherische Elemente gefährdeten
Frieden und Aufbau des deutschen Volkes

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 97/55, Bd. 1, S. 264)

Am 23. Oktober 1950 wurden neun Personen, unter ihnen Dr. Meinhard, Ilse Reim, Lisbeth Arnold und deren Freundin, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie teils gemeinschaftlich, teils einzeln „fortgesetzt handelnd Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen getrieben, sowie Völkerhass bekundet und militärische Propaganda sowie Kriegshetze getrieben“ hätten, wie es im Urteil des Landgerichtes Erfurt heißt. Gesetzliche Grundlage für die Verurteilung bildete der Artikel VI der Verfassung der DDR in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive 38 von 1946.

¹ Rundfunksender in Westberlin.

² Freie Deutsche Jugend; Jugendorganisation in der DDR.

Chronik

7. Oktober 1949: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die DDR war aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangen.

8. Februar 1950: Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS),

27. - 30. Mai 1950: Deutschlandtreffen der FDJ in Ostberlin,

20. Juli 1950: III. Parteitag der SED,

23. Oktober 1950: Urteil gegen neun Angeklagte in Erfurt wegen Verbrechen gegen Artikel VI der Verfassung der DDR von 1949. Es war das erste Urteil auf der Grundlage dieses Verfassungs-Artikels.

Der Artikel VI der Verfassung

„Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerrass, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.“

Artikel VI enthielt keine Tatbestandsdefinition und keine Regelung der Rechtsfolgen (Strafrahmen); ihm fehlten damit die entscheidenden Merkmale einer Strafnorm.

Kontrollratsdirektive (KD) 38

„Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“, Artikel III A III:

„Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet.“

Die Anwendung der KD ermöglichte die Verhängung der für NS-Belastete vorgesehenen „Sühnemaßnahmen“ wie Vermögenseinzug, Beschränkung der Berufsausübung u. a.

Was war der RIAS?

RIAS ist die Abkürzung für Rundfunk im Amerikanischen Sektor. Der Sender wurde 1945 in Berlin (West) gegründet und war eine Einrichtung der United States Information Agency. Aufgrund des Hörfunk-Überleitungsvertrages von 1993 ging der RIAS zusammen mit dem Deutschlandfunk 1993 in dem neu errichteten Deutschlandradio auf.



Abb.: Gedenktafel in der Andreasstrasse Erfurt
(Quelle: ThILLM Bad Berka / Privat)

Rehabilitierung

Bürger, die aufgrund einer strafrechtlichen Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichtes im Beitrittsgebiet (DDR) vom 8.5.1945 bis zum 2.10.1990 verurteilt wurden, werden nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) rehabilitiert, wenn das Urteil mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes beschloss der 3. Senat für Rehabilitierungssachen am Bezirksgericht Erfurt am 5. Januar 1993, dass das Urteil vom Landgericht Erfurt vom 23. Oktober 1950 hinsichtlich der Antragstellerin Ilse Reim und eines weiteren damals Verurteilten für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wird. Ilse Reim wurde rehabilitiert.

Aus der Begründung: „Die Verurteilung der Antragsteller ist auf die Strafbestimmung des Artikels 6 der Verfassung der DDR vom 07.10.1949 gestützt. Dabei handelt es sich um eine Vorschrift, die in § 1 ... StrRehaG ausdrücklich angeführt ist, soweit es sich um Boykotthetze handelt. Damit ist insoweit davon auszugehen, dass die Verurteilung der politischen Verfolgung gedient hat.“

Weimar, 17.6.1953

Mähdrescherwerk

„Gegen 9.00 Uhr versammelten sich die Kollegen [...] im Speisesaal des oberen Werkes. Anwesend waren ca. 1.500 Kollegen. Die Versammlung nahm zunächst einen zusammenhanglosen und negativen Verlauf und zwar dahingehend, dass etwa 60% der anwesenden Kollegen wild durcheinander schrien und es dadurch unmöglich machten, eine ordentliche Diskussion zustande kommen zu lassen. [...] Als die Menge sich einigermaßen beruhigt hatte, wurde von einem Kollegen, dessen Name mir leider nicht bekannt ist, der Vorschlag gemacht, ein Komitee zu gründen und die BGL¹ abzusetzen. Dieser Vorschlag wurde mit begeisterten Zurufen aufgenommen. Nach Bildung des sogenannten Komitees, dem 17 Kollegen angehören [...] hatte die Versammlung einen derartigen Höhepunkt erreicht, dass man nur noch von einer johlenden und brüllenden Masse sprechen kann. Jetzt hielt es der Kollege Max Z[...] von der Allgemeinen Abteilung für gekommen in die Versammlung aktiv einzugreifen, und er verstand es, durch hetzerische und provokatorische Reden gegen unsere Regierung und unsere Partei, die Menge derart zu beeinflussen, dass jeder Genosse², der etwas dagegen sagen wollte, niedergebrüllt wurde. [...] Nach seinem Eingreifen in die Versammlung leitete Z[...] dieselbe bis zum Schluss.“³

„Aktiv in gegnerischen Reden war der R[...], Eugen [...], ehem. Mitarbeiter in Richtung III⁴ der Kreisverwaltung Weimar (auf eigenen Wunsch aus dem MfS im Januar 1953 ausgeschieden), der öffentlich der Versammlung [...] erklärte, dass er einmal Mitglied der SED und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit war. Er gab Auskunft darüber, dass er zwei

Jahre tätig war und über seine Tätigkeit beim MfS enttäuscht worden wäre, dass er jetzt seine ganze Kraft einsetzen will, um das wieder gutzumachen, was er damit an der Arbeiterklasse schlecht gemacht habe. Er äußerte ferner, dass er bereit sei, über seine Tätigkeit bei dem MfS einen Bericht zu verfassen und diesen der Allgemeinheit vorzulegen. Er forderte die Kollegen auf zu demonstrieren und die Regierung zu stürzen, die ja sowieso keine Arbeiterregierung wäre, denn die Fehler, die sie gemacht habe, sind überhaupt nicht mehr gutzumachen.

Die Festnahme des R[...] wurde durch den Leiter BVS⁵ Erfurt veranlasst.“⁶

Weiter aus dem ersten Bericht:

„Am Schluss der Versammlung wurde festgelegt, dass die Belegschaft um 15.00 Uhr zur Demonstration antritt, worauf die Menge mit Johlen und Begeisterung auseinanderging.

Diese Demonstration wurde durch den Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten – der den Ausnahmezustand über Weimar verhängte – illusorisch und der Kollege Z[...] fühlte sich veranlasst, durch den Betriebsfunk eine Erklärung dahingehend abzugeben, dass sie – nämlich das neugewählte Komitee – es nicht verantworten könnten, infolge des Ausnahmezustandes die Kollegen zu einer Demonstration aufzufordern, denn man wollte doch unnötige Opfer vermeiden.“

Urteile:

Herr Z[...] und Herr R[...] – sowie weitere Mitglieder des Komitees – wurden am 18. Juni 1953 verhaftet und zu 6 bzw. 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Dezember 1958 bzw. 1956 erfolgte ihre Entlassung. 1992 wurde das Urteil aufgehoben, und sie wurden rehabilitiert, weil sie „wegen einer Handlung verurteilt worden [sind], mit der sie verfassungsmäßige politische Grundrechte wahrgenommen haben“⁷.

¹ Betriebsgewerkschaftsleitung.

² Als Genossen wurden die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei (SED) bezeichnet. Sie redeten sich auch untereinander so an.

³ Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 293/53, Band III, Seite 9, 10. Es ist nicht ersichtlich, ob dieser Bericht von einem hauptamtlichen oder von einem inoffiziellen Mitarbeiter des MfS verfaßt wurde.

⁴ Die Linie III, später XVIII, war verantwortlich für die Kontrolle der Volkswirtschaft.

⁵ Bezirksverwaltung der Staatssicherheit.

⁶ Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 293/53, Band III, Seite 8.

Dieser Bericht stammt von einem namentlich nicht genannten inoffiziellen Mitarbeiter.

⁷ aus dem Reha-Urteil in AU 293/53

Die Tage im Juni 1953⁸

Im Juli 1952 wurde auf der II. Parteikonferenz der SED beschlossen, mit dem „Aufbau des Sozialismus“ planmäßig zu beginnen. Durch die einseitige Entwicklung der Schwerindustrie sowie durch den forcierten Aufbau der nationalen Streitkräfte⁹ entstanden Engpässe bei der Versorgung mit Konsumgütern.¹⁰

Im Zuge des forcierten Aufbaus des Sozialismus wurden selbständige Bauern, kleine Gewerbetreibende und Händler zunehmend gezwungen, Genossenschaften beizutreten. Mittels erhöhter Abgaben und Steuern sollten sie zur Aufgabe ihrer wirtschaftlichen Existenz genötigt werden. Der Anteil der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft stieg entsprechend auf fast 80%.

Die traditionelle Verwaltungsstruktur Ostdeutschlands, die Länder, wurde 1952 aufgelöst. Nach sowjetischem Vorbild wurden 15 Bezirke, deren Grenzen teilweise quer zu den Ländergrenzen lagen, geschaffen. Auch auf politischem und ideologischen Gebiet wurde der „Klassenkampf“ verschärft. Die Verhaftung von liberaldemokratischen und christdemokratischen Politikern diente der Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien. Auch auf die evangelische Kirche, die einzige unabhängige und gesamtdeutsche Organisation auf dem Boden der DDR, wurde der Druck verschärft.

Der Bauarbeiteraufstand von Berlin

Am Samstag, dem 13. Juni 1953, waren mehrere Baubrigaden auf zwei Dampfern der „Weißen Flotte“ zur Ausflugsstätte „Rübezahl“ unterwegs. Im Anschluss an eine humoristische Rede des Gewerkschaftsvorsitzenden eskalierte die Situation.

⁸ Auszüge aus der Internetpräsentation der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen www.bstu.de zu diesem Thema, Stand 2002.

⁹ Die DDR verbrauchte für ihr Militär 1953 ca. 10% des gesamten Staatshaushaltes. Zuzüglich zu den Reparationen, die die DDR an die Sowjetunion zahlen mußten waren das 16% aller Ausgaben.

¹⁰ Ende 1952 hatte die Konsumgüterindustrie der DDR den Vorkriegsstand noch immer nicht erreicht.

Der Brigadier Metzdorf stieg auf den Tisch und erklärte, dass am 15. Juni, am kommenden Montag, gestreikt werde. Die Arbeiter befürchteten durch die Normerhöhung und andere lohnsenkende Maßnahmen ein um 25% geringeres Einkommen.

Die Betriebsleitung unterschätzte die Situation. Am Montag war die Belegschaft streikbereit. Nur durch die Einberufung einer Betriebsversammlung konnte an der Baustelle des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain der Streik am 15. Juni abgewendet werden. Der Partei- und Gewerkschaftsleitung gelang es zunächst, den Unmut der Arbeiter zu kanalisieren und die Forderungen auf das rein Sozialökonomische zu beschränken. Die Arbeiter forderten die Zurücknahme der Normerhöhung und stellten ein Ultimatum¹¹. An der Versammlung hatten auch Bauarbeiter von anderen Baustellen teilgenommen. So verbreitete sich die Nachricht von dem Ultimatum an die Regierung der DDR. Im Büro des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl wurde die Situation vollkommen unterschätzt. Auch die Gewerkschaft unterschätzte die brisante Stimmung.

Am Morgen des 16. Juni begab sich ein führender Gewerkschaftsfunktionär an die Baustelle Friedrichshain. Er versuchte, die Arbeiter davon zu überzeugen, dass an eine Rücknahme der Normen nicht zu denken sei.

Damit war das Maß voll. Da die Baustellentore während der Versammlung verschlossen worden waren, befürchteten die Arbeiter, verhaftet zu werden. Um ihnen zu Hilfe zu kommen, legten die Arbeiter von Nachbarbaustellen die Arbeit nieder, zogen vor das Tor des Krankenhauses Friedrichshain, brachen es auf und forderten ihre Kollegen auf, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Die Menge war auf ca. 10 000 Demonstranten angewachsen und forderte den Sturz der Regierung sowie die Abhaltung freier Wahlen und damit das Ende der SED-Herrschaft.¹²

¹¹ „In Anbetracht der erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten, Normen u. a. unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen mittag.“

¹² Der Demonstrationzug bewegte sich vom Kranken-

Im Laufe des 16. Juni wurde der SED-Führung allmählich deutlich, dass Gefahr drohte. Am Abend des 16. Juni rief die SED-Führung eine Parteiversammlung in den Friedrichstadtpalast ein. Dort erklärten Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, dass die Erhöhung der Arbeitsnormen aufgehoben werde. Dieses Zugeständnis kam jedoch zu spät.

Als am 17. Juni die Arbeiter auf die Straßen gingen, waren nicht mehr die Normerhöhung, sondern der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen die Forderungen. Allein in Berlin waren 100.000 Menschen auf der Straße. Sogar aus Betrieben nördlich von Berlin zogen Belegschaften durch den Westteil ins östliche Zentrum.

Bereits am Morgen des 17. Juni wurde in den meisten Berliner Betrieben nach kurzen Versammlungen beschlossen, ins Stadtzentrum zu marschieren. Die Demonstranten strömten vor dem „Haus der Ministerien“ in der Leipziger Straße zusammen.

Keiner aus der unmittelbaren Führungsspitze der SED besaß den Mut, zu den versammelten Demonstranten zu sprechen. Parteichef Ulbricht und Ministerpräsident Grotewohl flüchteten ins Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht nach Karlshorst.¹³

Am Brandenburger Tor holten Jugendliche die Rote Fahne herunter und verbrannten sie.



haus Friedrichshain über die Leninallee, die Stalin-allee, den Strausberger Platz, den Alexanderplatz, die Rathausstraße, Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße zum Haus der Ministerien.

¹³ Die Demonstranten zogen unter folgenden Losungen durch die Innenstadt:
„Freie Wahlen“, „Abzug der Russen“, „Nieder mit Walter Ulbricht“, „Wir fordern den Generalstreik“, „Nieder mit der deutsch-sowjetischen Freundschaft“, „Wir brauchen keine SED“, „Wir brauchen keine Volksarmee“, „Nieder mit der Regierung Grotewohl“.

Die Bevölkerung der DDR stellte zunehmend die Machtfrage. An ca. 580 Orten beteiligten sich im Laufe des Tages bis zu einer Million Menschen. Während der Ausgangspunkt der Aktionen in der Regel Betriebsversammlungen Mitte Juni waren, bei denen es zunächst um die Frage der Normenerhöhungen gegangen war, schlossen sich im Laufe des 17. Juni im Rahmen von Demonstrationen Mitglieder nahezu aller Schichten den Demonstranten an.

Durch Einsatz von Staatssicherheitsleuten, paramilitärischen Verbänden der Kasernierten Volkspolizei, letztlich aber durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht gelang es, den Protest einzudämmen. Ab Mittag fuhr in der Berliner Innenstadt sowjetische Panzer auf, um 13.00 Uhr erklärte der sowjetische Stadtkommandant den Ausnahmezustand.

Reaktion und Repression

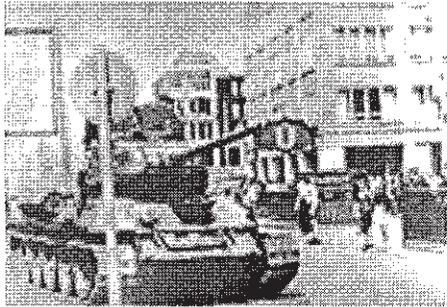
Im Verlauf des 17. Juni drohte der SED die Macht vollkommen zu entgleiten. An mehreren Orten waren die Partei-, Volkspolizei-, ja sogar die MfS - Zentrale besetzt worden. Die ostdeutschen Kommunisten verfügten über kein Machtmittel, von sich aus den Aufstand zu ersticken.

Über eine reguläre Armee verfügte die DDR damals noch nicht. Ihre Rolle nahmen die Verbände der Kasernierten Volkspolizei, eine Art hochgerüstete Bereitschaftspolizei, ein. Doch die Partei misstraute ihr; sie befürchtete, die jungen Polizisten könnten sich mit den Demonstranten solidarisieren. Daher wurden diese Verbände nur teilweise eingesetzt.

Der Volksaufstand war letztlich nur mit Waffengewalt zu unterdrücken. Die SED-Führung war dazu nicht von der sowjetischen Besatzungsmacht autorisiert. Die SED-Führung flüchtete an den einzigen Ort, der die Macht noch sichert, ins Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht in Berlin-Karlshorst. Diese rettete das System.

Schon in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni waren die sowjetischen Truppen mobilisiert worden. Gegen Mittag rollten die Panzer. In 167 von 217 Stadt- und

Landkreisen wurde der Ausnahmezustand verhängt, wodurch es den sowjetischen Truppen gelang, den offenen Protest gegen die SED-Führung zu ersticken oder einzudämmen.



Am Abend fand im Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht eine Kriensitzung statt, an der der hohe Kommissar der UdSSR¹⁴, der Generalstabschef der sowjetischen Armee sowie Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Stasi-Chef Zaisser teilnahmen.

Im Rahmen dieser Zusammenkunft wurde eine Legende gestrickt, um die blutige Niederschlagung der Aktionen nach außen rechtfertigen zu können. Seither galt im offiziellen Sprachgebrauch der 17. Juni als konterrevolutionärer und faschistischer Putsch, der von außen gelenkt worden war.

Noch in der Nacht leitete die Führung des MfS eine massive Verhaftungswelle unter der Anleitung von Staatssekretär Erich Mielke ein.

Parallel zu den Repressionsmaßnahmen gegen die Initiatoren des 17. Juni versuchte die SED-Führung, ideologisch in die Offensive zu gehen. Die SED schickte ihre Funktionäre in die Betriebe, um in Partei- und Belegschaftsversammlungen die Arbeiter zurück zu gewinnen und von den vermeintlichen Provokateuren zu trennen.

Das MfS und der 17. Juni

Das MfS hatte in den Tagen des Juni zu spät reagiert. Das Spitzelsystem war damals noch relativ dünn. Mit Verhaftungsaktionen des Staatssicherheitsdienstes gegen den Mittelstand war die

Stimmung im Frühjahr 1953 sogar noch verschärft worden.

Ab dem 18. Juni lag ein Großteil der Verhaftungen in der Hand der MfS-Mitarbeiter. Zunächst endeten diese Aktionen mit Anwerbungsversuchen der Verhafteten. Das Heer der Spitzel verdoppelte sich auf 30 000. Das von der Partei, dem Politbüro vorgegebene Ziel, sogenannte Provokateure als Rädelsführer des Volksaufstandes dingfest zu machen, scheiterte. Es gab sie in der Regel schlichtweg nicht.

Die nach dem 17. Juni gefassten Beschlüsse zum Verhältnis von Partei und MfS galten prinzipiell bis Ende 1989 und wurden in dieser Zeit lediglich modifiziert.¹⁵

¹⁴ Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken – offizielle Bezeichnung für die Sowjetunion.

¹⁵ Der Chef der Parteikontrollkommission und der SED, Hermann Matern, erwähnte auf einer Sitzung in der Normannenstraße im November 1953 die Mitarbeiter der Staatssicherheit: „Die Auffassung, dass die Staatssicherheitsorgane außerhalb oder über der Partei stehen, ist bei den Mitarbeitern ziemlich verbreitet. Aber es muss ein für allemal damit Schluss sein. Es gibt nichts neben oder über der Partei. Alle Organe sind der Partei untergeordnet und werden von der Partei geleitet. Alles, was wir sind, sind wir durch die Partei.“

KZ und Zuchthaus in zwei Diktaturen

Bei den Nationalsozialisten 10 Jahre im Zuchthaus und KZ, bei den Einheitssozialisten zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt – Robert Greiner, der Sohn eines Schlossers, gelernter Stukkatur und seit 1909 Mitglied der SPD, mußte diese Erfahrung machen. Nach Krieg und Verwundung, übte er in den 20er Jahren verschiedene Tätigkeiten aus, u. a. als Gehilfe bei einem Zahnarzt, und studierte zwei Semester Zahnmedizin. Er trat in diesen Jahren dem Freidenker-Verband¹ bei und hatte seit 1927 eine hauptamtliche Funktion in dieser Organisation inne.

Als 1933 die Nazis an die Macht kamen, wurde Robert Greiner als Mitglied der SPD und als Funktionär des Freidenker-Verbandes von der SS in Schutzhaft genommen. Nachdem der Verband von den Nazis aufgelöst und Robert Greiner aus der Schutzhaft entlassen worden war, ging er in die Illegalität. 1934 wurde er von der Gestapo festgenommen und 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Absitzen der Zuchthausstrafe kam er in das KZ Buchenwald, da gegen ihn Schutzhaftbefehl vorlag. Im KZ, wo er u. a. als Zahnarthelfer tätig war, blieb er bis das Konzentrationslager am 11. April 1945 befreit wurde.

Seiner politischen Einstellung treu bleibend, trat er 1945 wieder in die SPD ein und wurde durch die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, obwohl er schon immer den politischen Auffassungen der Kommunisten kritisch gegenüberstand. Beruflich hatte er nach seiner Befreiung die Möglichkeit, seine Ausbildung als Zahnarzt abzuschließen. Seit 1949 arbeitete er in diesem Beruf im Ambulatorium eines Weimarer Volkseigenen Betriebes.

Als am 17. Juni 1953 überall in der DDR die Arbeiter gegen die Normerhöhungen und die Politik der SED streikten und de-

monstrierten, gingen die Arbeiter jenes Betriebes ebenfalls auf die Straße. Wie überall, wurde dieser Aufstand auch in Weimar niedergeschlagen und sieben der sogenannten Rädelsführer verhaftet. Dies brachte Robert Greiner in Konflikt mit seiner Partei:

"[...] zumal ich die Vorkommnisse im [...] aus allernächster Nähe miterlebte und sie anders sah, als das parteiamtlich dargestellt wurde. Immer mehr kämpfte ich mit meiner Auffassung, ob hier nicht doch Fehler gemacht würden, die das Vertrauen zur Partei erschüttern könnten [...]"
(Quelle: BStU, ASt, Erfurt, AOP 30/60, Bd. 1, S. 50)

Robert Greiner zog für sich die Konsequenz aus diesem Erleben: Er erklärte seinen Austritt aus der SED. Die Genossen ihrerseits nahmen die Austrittserklärung nicht an und schlossen ihn daraufhin selbst aus der Partei aus und forderten seine Entlassung als Zahnarzt.

Trotz dieser für ihn enttäuschenden Entwicklung praktizierte er weiter im Betriebs - Ambulatorium, und er schien mit seiner neuen Lebensgefährtin sein privates Glück gefunden zu haben. Was er nicht wußte: Die Frau war inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit mit dem Decknamen "Christine". Robert Greiner machte ihr gegenüber keinen Hehl aus seiner Auffassung über die "sozialistische" Entwicklung in der DDR. "Christine" berichtete der Stasi ausführlich darüber.

Im Winter 1960 erhielt er von einem unbekanntem westdeutschen Absender einen Brief. Darin befand sich ein Flugblatt, in dem zum Widerstand gegen das SED-Regime mit dem Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands aufgerufen wurde. Der Zahnarzt zeigte dieses Blatt, dessen Inhalt seiner Meinung entgegenkam, nicht nur seinen Kollegen und "Christine", sondern er vervielfältigte es auch. Sein Ziel war es, die Duplikate an Bekannte zu versenden. Er kam nicht mehr dazu. Am 11. März 1960 wurde er von der Stasi festgenommen, die von seinem Vorhaben über "Christine" informiert war.

Im November 1960 wurde Robert Greiner vom Bezirksgericht Erfurt wegen staatsgefährdender Hetze und Propaganda zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1966 vorzeitig entlassen, starb der 75-Jährige kurze Zeit später.

¹ Siehe folgende Seite.

Entlassung gefordert

VEB [...] Weimar

An den
Rat der Stadt Weimar
Kaderabteilung

Weimar
Markt 15

3.2.1954

Betr.: Zahnarzt [...] Koll. G.

Auf Grund vergangener Dinge zeigte Kollege G. bisher eine schlechte politische Einstellung. So lehnte er z. B. ab, daß man verschärft gegen die Provokateure vom 17.6.1953 und der darauffolgenden Zeit vorgeht. Wegen seiner schlechten Haltung wurde er aus der Sozialistischen Einheitspartei ausgeschlossen. [...]

Laut Forderung der Kollegen stellen wir den Antrag, daß Kollege G. seiner Funktion als Betriebszahnarzt im VEB [...] sofort enthoben wird. [...]

Wir bitten Sie, den Forderungen der Kollegen nachzukommen und umgehend eine neue Besetzung unserer Zahnstation durch einen staatsbewußten Kollegen und Assistentin vorzunehmen.

VEB [...] Weimar
gez. [...]
Kaderleiter

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 30/60, Bd. S. 35)

Stasi – Vernehmung

Meldung über den Häftling 2/2

Am 7.11.1960 äußerte der Häftling 2/2 während seiner Sprecherlaubnis Folgendes: „Es war schlimmer wie oben in Buchenwald. Wenn ich hoch musste zur Vernehmung habe ich jedesmal gezittert. Die Behandlung war oben furchtbar. Der Sachbearbeiter hat mich nicht immer gut behandelt. Er hat mich öfters zusammengedroschen. Wenn man dann in die Zelle runter kommt ist alles so kahl und öde.“ Hier habe ich dann das Gespräch abgebrochen und den Häftling darauf hingewiesen, daß er sich nur über private Dinge zu unterhalten hat.

[...] Uffz.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 21/61, Bd. IV, S. 247)

Freidenker

Die Freidenkerbewegung des 19. Jahrhunderts richtete sich vor allem gegen die damalige enge Verbindung zwischen dem Staat und den Kirchen. 1881 wurde der „Deutsche Freidenkerbund“ gegründet. Nach 1900 bildeten sich verschiedene liberale, sozialdemokratische und später auch kommunistische Freidenkerverbände. Mehrere von ihnen schlossen sich 1927 zusammen und gaben sich 1930 den Namen „Deutscher Freidenker – Verband“. Sie betrieben antireligiöse Propaganda und wollten den Einfluß der Kirchen in der Weimarer Republik zurückdrängen. Obwohl auch die Nationalsozialisten gegen die Kirchen arbeiteten, verfolgten sie die Freidenker nach ihrer Machtergreifung aus ideologischen Gründen. Am 17. März 1933 besetzt die SA die Zentrale der Freidenker in Berlin. Deren Vermögen wurde geraubt und der Verband verboten. Der Vorsitzende Max Sievers konnte ins Ausland flüchten. 1943 wurde er von den Nazis in Frankreich verhaftet und 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nach dem Krieg wurde 1945 versucht, den Freidenker – Verband in den Besatzungszonen neu zu gründen. Dies gelang aber nur in den Westzonen. In der SBZ / DDR verhinderte die SED eine Neubelebung der Freidenkerbewegung, weil sie in Weltanschauungsfragen ein Monopol beanspruchte. Erst 1988 / 89 initiierte die SED die neuerliche Gründung eines Freidenker – Verbandes. Er sollte als Massenorganisation jetzt benutzt werden, die kritischen Debatten in der DDR zu kanalisieren und die kirchliche Opposition zu bekämpfen. Das MfS bekam den Auftrag, den Verband zu unterwandern.

Heute gibt es in Deutschland verschiedene Organisationen, die an die älteren freidenkerischen Traditionen anknüpfen wollen.

„Auf mein Stück Land kommt keiner!“

Bericht, 14.9.59: Ich habe in der Gemeinde F. eine Bauernversammlung durchgeführt, mit dem Ziel eine LPG¹ zu gründen. In dieser Versammlung wurde vom Landwirt B. und von D. sehr stark negativ diskutiert. ... Sie sind nicht gewillt in die LPG einzutreten. Ich habe die Vermutung, dass sie die anderen vom Eintritt abhalten.² So der Bericht des inoffiziellen Mitarbeiters (IM) der Stasi mit dem Decknamen "Christoph" über die Situation Ende der 50er Jahre auf dem Lande. Es war das Ziel der SED, nach dem Vorbild der Sowjetunion auch in der DDR die privaten bäuerlichen Wirtschaften zu genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben zu vereinigen.

Die Bauern wollten ihre Privatwirtschaften nicht aufgeben und versuchten dem Druck von oben zu widerstehen. Am 12.3.1959 hatten wir eine Versammlung mit einem bestimmten Personenkreis, mit dem Ziel eine LPG Typ I zu gründen in H. in der Gemeindegemeinschaft, heißt es in einem weiteren Bericht des IM „Christoph“. Wir sind an diesem Tag nicht zum Ziel gekommen. Einige der Bauern waren bereits angetrunken und störten die Versammlung. Ihnen war am Zustandekommen der LPG nicht gelegen. Allerdings konnte man ihnen keine offiziellen Redewendungen zu Last legen.³

Auf mein Stück Land kommt keiner! war die Haltung der meisten Bauern. Einige wollten einen sogenannten "dritten Weg" gehen. Trotz stundenlanger Diskussion war es mir nicht möglich, eine merkliche Änderung der Gesinnung herbeizuführen⁴, schreibt "Christoph" am 30.10.1959.

Genützt hat der Widerstand der Bauern nicht. Im Frühjahr 1960 mußten alle Landwirte einer LPG beitreten bzw. eine

solche gründen. Ich bin gezwungen worden mit der Polizei, Mitglied der LPG zu werden⁵, zitiert im Sommer 1960 "Christoph" den Bauern W.

Nun in die LPG gepreßt, versuchten die Bauern, durch langsame oder schlechte Arbeit ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir langsam arbeiten, kriegen wir die Kommunisten eher tot!⁶ war nicht nur für den Landwirt M. die Devise. Selbst die jeweiligen Vorsitzenden machten nicht mit. Der LPG - Vorsitzende spielt die schlechteste Rolle. Er hemmt die Initiative der Mitglieder grundsätzlich. [...] Er zeigt in Versammlungen nur Schwierigkeiten auf, dass die Mitglieder von vornherein kapitulieren⁷, weiß "Christoph" am 7.4.61 zu berichten.

Die Folge waren schlechte Ernteergebnisse, Futtermangel und magere Kühe, was sich katastrophal auf die Versorgung der Bevölkerung auswirkte. Gegenwärtig mangelt es an Fleisch und Wurst sowie an Mehl⁸, berichtet der IM "Walter" im Juli 1962 der Stasi und "Christoph" am 17.10.62: Es gibt in einigen Gemeinden Schwierigkeiten bei der Kartoffelernte. [...] Die Ursachen [...] dafür liegen nicht nur in der schlechten Qualität des Saatgutes, sondern an der schlechten Arbeit. So konnten nicht bei allen Kartoffelschlägen die Pflegearbeiten durchgeführt werden.⁹

"Christoph" berichtet nicht nur über die Situation, er empfiehlt auch, wie die Stasi mit widerspenstigen Bauern umgehen sollte: Bauer R. versucht grundsätzlich mit zwei anderen Bauern die genossenschaftliche Arbeit aufzuhalten und gibt damit dem Klassengegner die besten Angriffspunkte. [...] Meiner Meinung nach müßten sich die Sicherheitsorgane mit diesen drei Kollegen etwas näher befassen.¹⁰

¹ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.

² Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AIM 616/68, T. II, S. 36.

³ ebenda, S. 23.

⁴ ebenda, S. 40.

⁵ ebenda, S. 75.

⁶ Quelle: BStU, ASt. Erfurt AOP 695/63, S. 62.

⁷ Quelle: BStU, ASt. Erfurt AIM 616/68, T. II, S. 109.

⁸ Quelle: BStU, ASt. Erfurt IM IX 41/62 (226), T. II, Bd. 1, S. 17.

⁹ Quelle: BStU, ASt. Erfurt AIM 616/68, T. II, S. 135.

¹⁰ ebenda, T. II, S. 71.

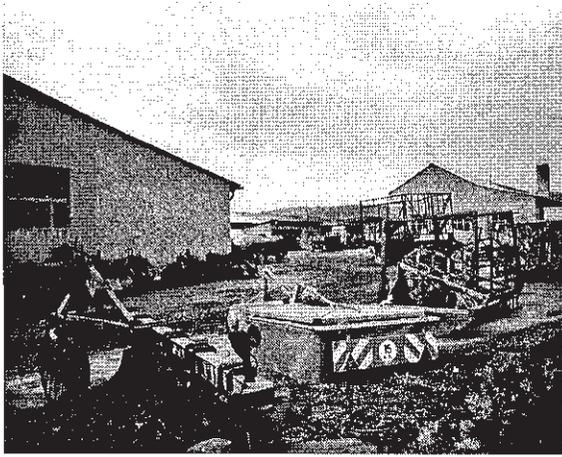


Abb.: LPG Pflanzenproduktion Bad Berka
(Quelle: ThILLM Bad Berka / Privat)

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR

Während die Industrie bereits weitgehend verstaatlicht war, standen 1956 auf dem Lande den 6 000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 555 volkseigenen Gütern noch immer fast 750 000 bäuerliche Privatbetriebe gegenüber, die 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfaßten und knapp 70 Prozent des landwirtschaftlichen Gesamtproduktes erwirtschafteten. Der V. Parteitag der SED im Juli 1958 forderte eine Beschleunigung der "sozialistischen Entwicklung" auf dem Lande. Der Beitritt in die LPG sollte aber freiwillig sein. Die Kollektivierung wurde in der Praxis aber mit allen Druckmitteln vorangetrieben. Agitationstrupps der SED versuchten in den Dörfern, die Bauern durch Nötigung und Drohungen zum „freiwilligen“ Eintritt in die LPG zu veranlassen. Im November und Dezember verhaftete die Staatssicherheit widerstrebende Bauern. Es blieb nur noch die Alternative, in den Westen zu flüchten oder in die LPG einzutreten.

Im Frühjahr 1960 war die "sozialistische Umgestaltung" auf dem Lande abgeschlossen. Die nunmehr 19 000 LPG bewirtschafteten knapp 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

1961 erzeugten die volkseigenen Güter und die Genossenschaften fast 90 Prozent der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion.

(Quelle: Hermann Weber, DDR. Grundriss der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991)

„Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein!“

Propagandaspruch, mit dem die "Vorteile" der LPG gegenüber den privaten bäuerlichen Betrieben gepriesen wurden.

LPG-Gründung

Im Mai 1958 wurde die LPG W. Typ I gegründet. Sechs Betriebe dieser Gemeinde schlossen sich zusammen, im Juli kamen die restlichen 13 Betriebe in diese LPG.

(Quelle: BSTU, ASt. Erfurt, AOP 695/63)

Die LPG-Typen

Die LPG – Typen unterschieden sich nach dem Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und demgemäß auch nach der Art der Vergütung und Verteilung von Einkünften.

Typ I sah die gemeinschaftliche Nutzung des eigenen oder gepachteten Ackerlandes vor.

Typ II forderte von den Mitgliedern auch das Einbringen von landwirtschaftlichem Gerät sowie Zugmaschinen und Zugtieren. Dieser Typ wurde selten gewählt und spielte in der Kollektivierung praktisch keine Rolle.

Typ III: Ackerland, Vieh, Maschinen und Gerätschaften wurden gemeinschaftlich genutzt. Den Mitgliedern dieses Typs verblieb nur noch die Möglichkeit zu privater Haus- und Gartenwirtschaft auf einem zugewiesenen Stück Land.

Nach verschiedenen Zwischenformen und Kooperationsmodellen bildeten sich seit Ende der 70er Jahre zunehmend sehr große LPG des Typs III heraus, die entweder auf die Pflanzenproduktion (LPG-P) oder auf die Tierproduktion (LPG-T) spezialisiert waren.

(Quelle: So funktionierte die DDR, Band 1, Lexikon der Organisationen und Institutionen, Hamburg 1994)

Gestreikt für höhere Löhne

Im Vorjahr hatten die Arbeiter einer Kiesgrube nahe Weimar noch durchschnittlich 700 bis 800 Mark verdient. Mit Beginn des Jahres 1962 gab es Produktionsschwierigkeiten. Der Abraum der Grube wurde nicht zügig beseitigt, was jedoch die Voraussetzung für die Förderung des Sandes darstellte. Es fehlte darüber hinaus an Fahrzeugen zum Abtransport des Sandes. Eine längere Frostperiode kam hinzu und behinderte zusätzlich den Fortgang der Arbeiten. Zu Hause klagten die Ehefrauen, dass es mit der Lebensmittelversorgung als Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft schlecht bestellt sei. Der Mauerbau im August 1961 bedeutete nicht nur eine Trennung von den Verwandten in Westdeutschland. Die Leute sahen sich der Möglichkeit beraubt, bei größer werdenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Westteil Deutschlands zu flüchten.

In dieser schwierigen Situation setzte die SED sogenannte lohnpolitische Maßnahmen durch, d. h. sie diktierte Produktionsnormen und Löhne. All dies drückte nicht nur auf die Stimmung der Arbeiter. Sie fanden nunmehr nur noch 500 Mark in ihren Lohntüten.

„Wenn das hier in dem Bruch nicht bald anders wird, dann bricht der ganze Mist in einem Vierteljahr zusammen. Ich mache mich hier nicht mehr tot!“¹ sagte einer der Arbeiter im Februar während der Frühstückspause und drückte damit die Meinung der ganzen Belegschaft aus. Ein anderer wußte: „Hätten sie die Grenzen in Berlin nicht geschlossen, wäre in der DDR sowieso alles zusammengebrochen.“² Aber jetzt sei die DDR „ein einziges Gefängnis“. „Der Sozialismus ist großer Mist. Viel Arbeit und wenig Essen.“³ Schuld an dem Zustand seien die Sowjetunion als Besatzungsmacht und Walter Ulbricht⁴, der für sie nur der „Spitzbart“ war. Im März 1962 schließlich legten sie die Arbeit nieder; sie wollten höhere Löhne.

¹ Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 2353/63; Bd. 1, S. 116.

² Quelle: ebenda, S. 47.

³ Quelle: ebenda, S. 235.

⁴ Staatsratsvorsitzender der DDR und 1. Sekretär des ZK der SED.

Der Arbeiter Kühn forderte: „Wir arbeiten nicht eher, bis der Betriebsleiter kommt und unsere Lohnfragen klärt.“⁵

Der kam dann auch und versprach Lohnerhöhungen. Daraufhin gingen alle wieder an ihre Arbeit.

Die Arbeiter Kühn, Weiland und Otto wurden einige Tage später verhaftet. Streikende Arbeiter im Arbeiter- und Bauern - Staat waren nach dem Verständnis der SED undenkbar, auch wenn freie Meinungsäußerung und Mitbestimmung in den Betrieben verfassungsmäßiges Recht waren. Die Stasi übernahm die Ermittlungen und begründete sie mit „gemeinsamer und fortgesetzter Hetze in übler Weise gegen den Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und gegen die Verhältnisse in der DDR und in der Sowjetunion. Darüber hinaus propagierten sie die baldige Beseitigung der Verhältnisse der DDR und forderten die Beschäftigten auf, langsamer zu arbeiten.“⁶

Die Stasi stellte auch bald den Verursacher für die ideologische Beeinflussung und das daraus resultierende Verhalten der Arbeiter fest: **Westrundfunk und Westfernsehen**. Während der Bezug von Publikationen aller Art westlicher Herkunft verboten war, konnten die Machthaber in der DDR trotz aller Propaganda und Maßnahmen den Empfang von Westsendern nicht verhindern. Gerade nach dem Mauerbau fürchtete die SED aber dieses Medium, das sich ihrer Kontrolle entzog.

Im August 1963 wurden die drei Arbeiter vom Bezirksgericht Erfurt wegen staatsgefährdender Hetze und Propaganda verurteilt. Otto mußte für 1 Jahr und 5 Monate ins Gefängnis. Da die Ermittlungen zu Kühn und Weiland ergaben, dass sie außerdem unrechtmäßig im Besitz von Waffen waren, erhielten beide eine Zuchthausstrafe von insgesamt 2 Jahren und 3 Monaten.

⁵ Quelle: ebenda, S. 117.

⁶ Quelle: ebenda, S. 288.

Die DDR – Bürger und das Westfernsehen

Aus dem Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten Kühn

Erfurt, den 14.4.1962

Beginn der Vernehmung: 9.00 Uhr

Ende der Vernehmung: 13.00 Uhr

Frage: Welche Personen aus [...] empfangen bis zu Ihrer Inhaftierung das Programm des Westfernsehens?

Antwort: Im Sommer war eine Brigade aus Weimar in [...], die die Einwohner überzeugte, damit sie die Westkanäle ausbauen lassen. Nach 8 - 10 Tagen hatten sie erreicht, daß aus allen Fernsehgeräten die Kanäle für das Westfernsehen entfernt wurden. [...] ist mir bekannt, daß Heinz [...] und Werner [...] Westfernsehen sich ansehen. Bei den beiden letztgenannten Personen ist es so, dass sie ihren Kanal ausbauen ließen.

Frage: Wie ist der Empfang des Westfernsehens möglich, wenn die entsprechenden Kanäle ausgebaut sind?

Antwort: Wie das technisch möglich ist, weiß ich nicht. Jedenfalls war ich im Februar dieses Jahres bei der Familie [...] und stellte fest, daß die Sendung „Milowitsch“ vom Westfernsehen lief.

[...] Ich fragte die Frau [...], wie es ihnen möglich sei, das Westfernsehen zu empfangen. Daraufhin sagte sie zu mir: „Selbst ist der Mann“ - womit sie andeuten wollte, dass sie selbst am Fernsehgerät herumgebastelt hätten, bis sie wieder das Westfernsehen empfangen konnten.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 2353/62, GA, S. 63f)

Aktion "Ochsenkopf"

Ochsenkopf heißt ein 1 023 m hoher Berg im Fichtelgebirge. Er ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel und Wintersportgebiet, sondern seit 1950 auch Senderstandort des Bayerischen Rundfunks. Da Rundfunk- und Fernsehwellen vor Grenzen nicht Halt machen, hatte der Sender auch viele Freunde in der DDR, vor allem in Thüringen und Sachsen. Die DDR-Bürger, die sich sehr zum Mißfallen der SED über Rundfunk und Fernsehen aus dem Westteil Deutschlands informierten, richteten ihre Fernsehantennen in Richtung Fichtelgebirge aus. Um den Empfang der Westsender zu unterbinden, richteten im Herbst 1961 FDJ – Trupps in der Aktion „Ochsenkopf“ die nach Westen (im Fall des Ochsenkopf geographisch nach Süden) gerichteten Antennen so aus, dass kein Westempfang mehr möglich war. Oder sie entfernten die Westkanäle aus den Fernsehapparaten. Die Bürger der DDR ließen nichts unversucht, um weiterhin Westfernsehen empfangen zu können.



Der Beschuldigte Otto zu diesen „Beweismitteln“:

„Auf den nachstehenden Fotos sind Gebrauchswaren und Lebensmittel abgebildet, die ich seit Herbst 1961 hortete. Auf Grund der Hetzsendungen der Westsender, die ich mir anhörte war ich der Ansicht, dass es in der Deutschen Demokratischen Republik zu einer Hungersnot kommen würde.“

(Quelle und Foto: ebenda, S. 178)

Solidarität mit den Prager Freunden

Weimar, den 5. Sept. 1968

Ahoj Jiri, Du hast bestimmt eine Wut auf mich. Nicht wegen des Schreibens, sondern auch wegen der Ereignisse in der Tschechoslowakei. Als ich von der Besetzung der CSSR erfuhr war ich schockiert. Ich hatte so etwas nicht geglaubt. Und das Schlimme an dieser Sache ist noch, dass deutsche Truppen mit einmarschiert sind. [...] Viele Grüße

Volker

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 516/19, S. 93)

Diesen Brief erhielt Jiri in Prag nicht. Die tschechoslowakische Staatssicherheit hatte ihn abgefangen und an die DDR - Staatssicherheit weitergeleitet. Zwischen den Sicherheitsorganen der sozialistischen Länder bestand eine enge Zusammenarbeit. Obwohl der Brief ohne Absender war, hatte die Stasi bald herausbekommen, wer der Briefschreiber war. Es handelte sich um den 17-jährigen Oberschüler Volker Stärker. Er wurde am 24. September 1968 verhaftet und in die U - Haft Erfurt eingeliefert. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze eingeleitet.

Volkers Vater war Schuldirektor und Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der seine drei Söhne im sozialistischen Sinne erzog. Damit sie sich nicht eine andere Meinung bilden konnten, verbot er ihnen den Empfang westdeutscher Radio- und Fernsehsender. Volker hielt sich nicht an das Verbot des Vaters. Als Sportler kam er bei Wettkämpfen mit Athleten aus westlichen Ländern zusammen. Er konnte sich dabei überzeugen, dass es ihnen besser ging und dass sie freier leben.

Eine gute Freundschaft verband ihn mit Jiri, dem Prager Freund, den er mehrmals besucht hatte und mit dem er korrespondierte. „Ich begeisterte mich insbesondere seit Januar 1968 für den sogenannten 'Weg zum modernen Sozialismus' ", sagte er bei seiner Vernehmung durch die Stasi aus. „Nach meiner Auffassung müsste auch in der DDR ein sogenannter 'moder-

ner Sozialismus' eingeführt werden. Dieser bestand nach meiner Auffassung darin, dass die Produktionsverhältnisse [...] so bleiben sollten wie sie sind. Jedoch sollten die Leiter und Direktoren der wirtschaftlichen Unternehmen private Unternehmer sein. [...] Des weiteren bin ich der Auffassung, dass die Presse- und Meinungsfreiheit [...] auch in der DDR eingeführt werden sollten. Ebenso sollten in der DDR unbeschränkte Ausreisemöglichkeiten bestehen." (Quelle: ebenda, S. 85)

Mit dieser seiner Meinung geriet er immer mehr in Widerspruch zu seinem Vater und zum in der Schule geforderten politischen Verhalten. In der 11. Klasse wollte er aus der FDJ¹ austreten, was ihm nicht gestattet wurde. Anfang 1968 sollten alle Schüler wegen der vormilitärischen Ausbildung der GST² beitreten. Volker empfand dies als Zwangsmaßnahme und drückte sein Mißfallen darüber aus. Als schließlich die Schulleitung zu Beginn der 12. Klasse von allen Schülern das Tragen der FDJ - Kleidung verlangte, um ihre Verbundenheit mit dem Sozialismus zu demonstrieren, weigerte sich Volker. Da standen bereits die sowjetischen Panzer in Prag.

Nach der Festnahme des Schülers fanden in seiner Schule Versammlungen statt. „Von den Vergehen des Volker Stärker gegen die Sicherheit des sozialistischen Staates distanzieren wir uns entschieden und hoffen, dass ihm Verhandlung und Strafe den richtigen Weg zeigen“, so die Lehrer. Auch die Mitschüler distanzieren sich und hofften zugleich, „dass Volker durch die Verhandlung, wenn nicht schon vorher, einsehen wird, was er falsch gemacht hat. Wir glauben, dass er mit Hilfe des Kollektivs ein vollwertiges und nützliches Mitglied der Gesellschaft wird.“

(Quelle: ebenda, S. 51 und 54)

Seine Klasse sah Volker nicht wieder. Während sich die Mitschüler auf das Abitur vorbereiteten, wurde er wegen staatsfeindlicher Hetze³ am 13. Januar 1969 verurteilt. Die Strafe von einem Jahr und zwei Monaten wurde auf Bewährung ausgesetzt; Volker wurde verpflichtet eine Lehr- ausbildung innerhalb der Bewährungszeit abzuschließen.

¹ Freie Deutsche Jugend; Jugendverband der DDR.

² Gesellschaft für Sport und Technik.

³ § 106 StGB / DDR: Siehe „Nieder mit der Mauer“.

Die SED und der „Prager Frühling“

Die Maßnahmen der KP-Führung der ČSSR im Frühjahr und Sommer 1968 ließen die Hoffnung aufkommen, dass auch im Sozialismus individuelle Freiheit und Menschenrechte möglich seien. Die als „Prager Frühling“ bekannt gewordene Entwicklung hatte eine große Faszination auch auf die DDR – Bevölkerung. Sie konnte sich durch eigenes Erleben von den Veränderungen und der Aufbruchstimmung überzeugen, war doch das Nachbarland ein beliebtes Reiseziel für die Deutschen in der DDR.

Die SED attackierte von Anfang an den neuen Prager Kurs. Sie betrachtete die Demokratisierung in der ČSSR als „Preisgabe der Position des Sozialismus zugunsten der Konterrevolution“¹.

In der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 marschierten die Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR ein, um die „Konterrevolution“ niederzuschlagen. An der Vorbereitung und zur Absicherung im Hinterland beteiligten sich auch Truppenteile der NVA.

(Quelle: Hermann Weber. DDR. Grundriß der Geschichte 1945 – 1990. Hannover 1991)

Prag, den 22 Juli

Ahoi Volker

[...] Du willst von mir, dass ich Dir schreibe, was bei uns los ist. Das aber ist ganz unmöglich. Alle Briefe sind bei euch in der Kontrolle.[...] Wenn du sehen willst, wie es bei uns aussieht, komm, nur so kannst Du Dich überzeugen, dass die Quatsche bei euch von uns nur politische Anspielungen sind gegen uns. Uns tut es sehr leid, dass ihr gar nicht davon weißt, was eigentlich bei uns ist. Ich würde nur wünschen, dass das Wenige, was von uns in eueren Zeitungen geschrieben wird, dass Du es nicht glaubst, ich lade Dich zu uns ein. [...] Du mußt Dich auf eigene Augen überzeugen. [...]

Viele Grüße an alle in Euere Familie

Tschüss

Jiri

Proteste in der DDR

Der Einmarsch der Truppen in das Nachbarland und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ führte in der DDR zu einer Vielzahl von Protesten. Selbst SED-Mitglieder, Funktionäre und Offiziere der NVA äußerten offen ihr Unverständnis über die „brüderliche Hilfe“. Jugendliche haben nach dem 21. August in einer Vielzahl von Einzelaktionen Flugblätter hergestellt und verteilt. Tausende Protestlosungen wurden überall in der DDR angeschrieben. In Erfurt beteiligten sich 200 Jugendliche an einer Protestdemonstration. In Eisenach standen Einwohner und Touristen in Gruppen zusammen. Es erklangen immer wieder Sprechchöre. Häufig wurde die Fahne der ČSSR als Zeichen des Protests gezeigt.

Viele Proteste wurden durch die Sicherheitsorgane der DDR bereits im Keim erstickt, Aktionen verhindert und die Initiatoren isoliert. Über eintausend Protestierende wurden verhaftet und verurteilt.

(Quelle: Ehrhart Neubert. Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. Bonn 1997)

Prag, den 3. Okt.

Ahoi Volker!

Ich hätte zu Dir eine Bitte. Seit Deinem Besuch im Mai habe ich von Dir einen Brief im Juli bekommen. Dir habe ich in dieser Zeit bestimmt schon 10 Briefe geschrieben. Immer warte ich, wenn Du etwas schreibst, was mit dir los ist. [...] Bitte, schreibe mir doch, ich warte immer ungeduldig, schreib, Du kennst doch meine Adresse. Vielleicht hast Du keinen Grund, warum mir nicht zu schreiben. Ich möchte dir viel mitteilen, aber nur wenn ich von Dir Post bekomme. Inzwischen Tschüss

Jiri

Brief (I.) und Karte von Volkers Prager Freund vor und nach dem Einmarsch der Truppen in die ČSSR. Volker konnte Jiri nicht antworten, weil er aufgrund seiner Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk seit September 1968 von der Stasi inhaftiert war.

(Quelle: BSTU, ASt. Erfurt, AU 516/69, S. 101. und 172)

¹ „Neues Deutschland“ vom 24.7.1968.

„Nieder mit der Mauer!“

Der FIM¹ „Otto“ teilt am 16.08.1972 seinem Führungsoffizier mit, dass es in einem Lehrlingswohnheim in Erfurt zwei Tage vorher „während einer Zusammenkunft von mehreren Jugendlichen zu einer offenen Hetze gegen die Maßnahmen unserer Regierung vom 13.08.61²“ kam. Von einem Balkon des Wohnheims [...] wurden folgende hetzerische Losungen auf die Straße geschrien:

- „Hoch lebe der 13.08. als Jahrestag des Gefängnisses!
- Nieder mit der Mauer!
- Wir leben in einem Gefängnis!“

u. a. m.

„Als Symbol für ihre Jahrestagsfeier befestigten sie 2 Rollen Toilettenpapier an 2 Stangen und ließen sie vom Balkon (4. Etage) bis zur Straße herab. Sie erklärten dazu, das sei ihre Fahne.“³

Der 19-jährige „Rädelsführer“ Jürgen wurde schon wenige Tage danach verhaftet und beschuldigt, „staatsfeindliche Hetze begangen zu haben.“

Bei den nun folgenden wochenlangen Vernehmungen von Jürgen und durch Zeugenaussagen wurden durch die Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung des MfS Informationen zur Person, zum „Tathergang“ und zu Motiven ermittelt:

Jürgen stammte aus dem Eichsfeld und wohnte ca. 2 km von der Grenze entfernt. Seine Aussagen dazu werden in den Vernehmungsprotokollen so festgehalten: „Ich kann nicht in die Nachbargrenzgebiete, werde ständig beim Betreten und Verlassen des Grenzgebietes kontrolliert usw. Das alles gefällt mir nicht.“ „Die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR vom 13. August 1961 lehne ich entschieden ab. Nach meiner Ansicht wurde damit die Einheit Deutschlands verhindert. Ich bin der Auffassung, dass es nicht vertretbar ist, wenn an der Staatsgrenze der DDR Personen mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert werden, wenn auf sie geschossen wird und Minen ausgelegt werden, die sie tödlich verletzen können.“

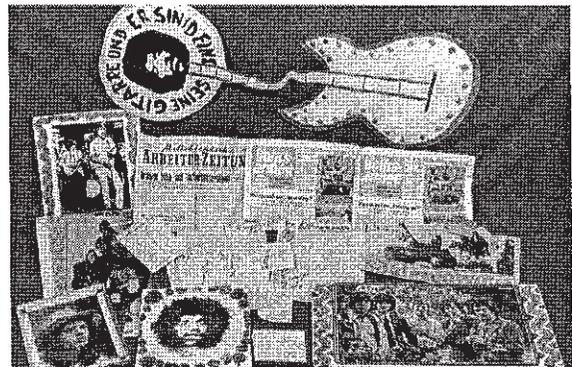
¹ Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer IM.

² Tag des Mauerbaus (s. a. Rückseite).

³ Zitate und Foto: BStU, ASt. Erfurt AU 102/73.

Bürger der DDR können nicht nach Belieben ihre Verwandten in der BRD besuchen oder Aufenthalt in einem anderen kapitalistischen Land nehmen.“

Das MfS ging bei widerständigem Verhalten gegen die DDR zuerst davon aus, dass westliche Medien mit ihren „Hetzparolen“ verantwortlich waren und nicht etwa individuelle Gedanken oder gar die Lebensumstände in der DDR.



Als Beweismittel fotografierte Wand in Jürgens Zimmer, um den Einfluss westlicher Medien zu dokumentieren.

So heißt es in der Anklageschrift: „Am 13.8.1972 hatte der Beschuldigte in der Westfernsehsendung ‚Magazin der Woche‘ die Übertragung einer Hetzkundgebung gegen die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR verfolgt. Er kam zu der Schlussfolgerung, durch die Aufwiegelung anderer Lehrlinge im Wohnheim [...] einen Beitrag zur Beseitigung der Maßnahmen zu leisten.“

Verurteilt wurde Jürgen, weil er gegen einen DDR - typischen Paragraphen verstoßen hätte. In der Urteilsbegründung steht:

„Nach § 106 Abs. 1, Ziff. 2 und 3 StGB⁴ hat sich zu verantworten, wer mit dem Ziel gegen die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR aufzuwiegeln, dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR zu leisten, oder die Tätigkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen diskriminiert.“

Jürgen wurde „Im Namen des Volkes!“ zu einem Jahr und 10 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem verboten ihm die Richter „auf unbegrenzte Dauer den Aufenthalt im gesamten Grenzsperrgebiet“, also auch in seinem Heimatort.

⁴ Strafgesetzbuch der DDR.

Innerdeutsche Grenze

Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten war 1378 km lang. Die Absperrungen um West-Berlin – einschließlich der Mauer – hatten eine Länge von 161 km.

Schon 1946 ordneten die sowjetischen Besatzungsbehörden den Aufbau einer Grenzpolizei an. Das SED – Regime ließ zur besseren Sicherung der Grenze im Mai 1952 eine 5 km breite Sperrzone anlegen. In der Folge davon kam es zu Zwangsaussiedlungen aus diesem Sperrgebiet.

Mauerbau

Am Sonntag, dem 13. August 1961 wird unter Aufsicht von Volkspolizei, Kampfgruppen und Nationaler Volksarmee die Sektorengrenze nach Westberlin hermetisch abgeriegelt. Überall werden Straßen aufgerissen, Panzersperren und Stacheldrahtverhaue errichtet. Die Mauer entsteht. Sie unterbricht die seit Generationen gewachsene Verbindung zwischen beiden Teilen der Stadt. Die Sperranlagen schneiden über 50 000 DDR-Bürger von ihren Arbeitsplätzen in West-Berlin ab, die Anzahl der Grenzübergangsstellen wird auf sieben reduziert, das Gesamtberliner Verkehrsnetz wird über Nacht an der Sektorengrenze zerschnitten, Familien werden auseinandergerissen.



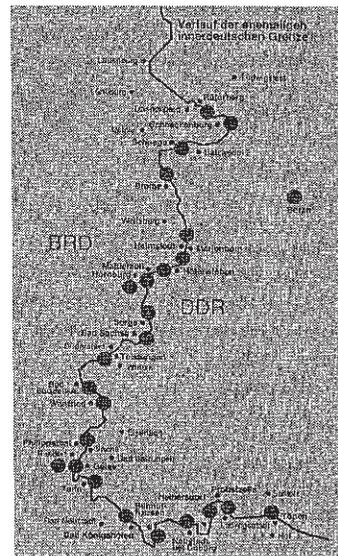
Das Brandenburger Tor - direkt an der Mauer gelegen - wird zum Symbol der deutschen Teilung.

Nach 1961 wurde die innerdeutsche Grenze immer mehr zu einem fast unüberwindlichen Hindernis ausgebaut: Tretminen, elektrisch geladene Zäune, Hunde- und Lichtsperrn, Signalzäune und Selbstschußanlagen machten jeden Fluchtversuch zu einem tödlichen Risiko. Die „Grenztruppen der DDR“ hatten den Auftrag, diese Grenzanlagen zu sichern und jeden Versuch einer „Republikflucht“ zu verhindern. Der Tod von Flüchtlingen wurde dabei bewusst in Kauf genommen (Schießbefehl). Der „antifaschistische Schutzwall“ – so die offizielle DDR-Bezeichnung – wurde im Laufe der Jahre immer unüberwindlicher, fluchtwillige DDR-Bürger versuchten es jedoch auf viele verschiedene Arten bis 1989 immer wieder, die DDR zu verlassen.⁵

Bis Ende 1989 starben fast tausend Menschen an der innerdeutschen Grenze und an den Grenzanlagen um West-Berlin.

Das MfS versuchte relativ erfolgreich, Vorbereitungen schon im Vorfeld zu erkennen und vor Fluchtversuchen u. a. mit hohen Haftstrafen abzuschrecken.

Auch wer einen Ausreiseantrag stellte, mußte mit Nachteilen für sich und seine Familie rechnen.⁶



Einen kleinen Eindruck dieses gigantischen Sperrapparates kann man heute in den Grenz Museen – viele davon in Thüringen – bekommen. (Quelle: Auf einen Blick. Leitfaden zur regionalen Geschichtsaufarbeitung nach 1945 in Thüringen. Geschichtswerkstatt Jena e. V. 2000)

⁵ s. a. „Fluchtgeschichten“, ThILLM-Materialien, Heft 51 und in diesem Heft.

⁶ s. a. „Die Schule in der DDR im Blick der Staatssicherheit“, ThILLM-Materialien, Heft 42.

Verweigerung des Militärdienstes

„[...] verpflichtet mich meine politische Haltung dazu, den Wehrdienst total zu verweigern. Zu diesem Entschluß stehe ich konsequent, auch wenn dies in der DDR mit Gefängnis beantwortet wird. Für mich ist militärisches Gleichgewicht keine Voraussetzung für einen Frieden. Wenn es zu einem Krieg kommen würde, wäre mein todschlagender Gegner nicht der westdeutsche Imperialismus, sondern der westliche Klassengenosse, der Mensch. [...] Was nun spezifisch die NVA¹ angeht, so ist es für mich absurd, beim Schutz einer Grenze mitzuwirken, die ich ablehne, zumal dieser Schutz mit der Tötung von Leben verbunden sein kann. Außerdem ist es möglich, dass die NVA aufgrund ihrer Vertragsgebundenheit in fremdes Territorium einmarschiert (CSSR 1968). Das aber kann ich erst recht nicht befürworten. Wehrdienst im Sinne von sozialem Friedensdienst ist in der DDR nicht machbar, so bleibt die Totalverweigerung einzige Alternative. Dass aber mein Engagement, und ich fasse die Verweigerung als solches auf, als Verbrechen geahndet wird, ist schon ausreichend Grund, diesen Staat als politische Heimat abzulehnen.“
(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 476/77, Bd. 1, S. 40)

Der 24-jährige Peter Westermann begründete mit diesem Schreiben vom 8.9.1976 seinen Antrag auf Ausreise aus der DDR. Als Christ hatte er von vornherein den Wehrdienst mit der Waffe abgelehnt. Er war 1971 zunächst aber noch bereit, als sogenannter Bausoldat zu dienen. Stasi und Volkspolizei war er 1973 aufgefallen, weil er von „Hetzschriften in Gedichtform“ eines Freundes wußte. Als dieser Freund deswegen verhaftet wurde, vernichtete Peter die Blätter. 1974 ging er aufgrund seiner politischen Haltung nicht zur Wahl. Eine Reise nach Bulgarien war ihm 1976 von den Behörden nicht genehmigt worden, worüber er sich bei Erich Honecker beschwerte.

Um den politischen Bevormundungen zu entgehen, war Peter nach seiner Lehre als Dreher in den Dienst der evangelischen Kirche getreten. Seine Begründung: „Durch meine konfessionelle Ausbildung und meinen Dienst in der kirchlichen Jugendarbeit kann ich mich weitgehendst dem Druck der Forderungen, die der Staat

an jeden Bürger dieses Landes stellt, entziehen.“ (Quelle: ebenda, S. 39)

Peters Wunsch war es, Sozialarbeiter zu werden. Ein solches Studium gab es in der DDR nicht. Auch das trug zu seinem Entschluß der Übersiedlung bei.

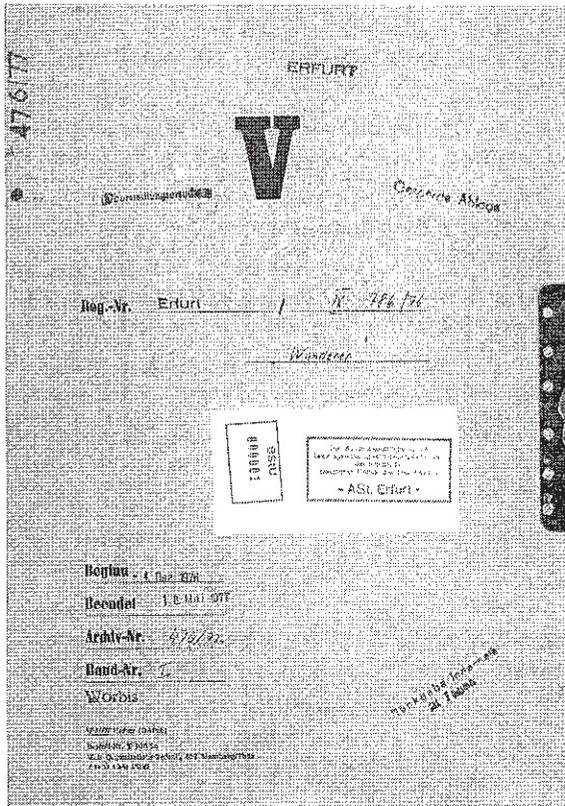
Um den Antrag auf Ausreise zu beschleunigen, vertraute er auf die Unterstützung eines westdeutschen Freundes. In seiner Post und in Telefonaten verständigte er sich mit ihm darüber. Die Stasi wußte davon, weil sie das Post- und Telefongeheimnis nicht respektierte. Obwohl vorsichtig formuliert, entnahmen die Geheimdienstmitarbeiter den Briefen und den Gesprächen, dass westdeutsche Behörden eingeschaltet werden sollten. Peter erwog außerdem, in der Öffentlichkeit auf sich und sein Anliegen aufmerksam zu machen.

Das wollte die Stasi verhindern, sah sie doch darin eine „Diskriminierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“. Erst wenige Wochen vor Peters Antragstellung und Wehrdienstverweigerung hatte sich der evangelische Pfarrer Brüsewitz am 18.8.1976 in Zeitz öffentlich verbrannt und damit sehr viel Aufsehen erregt.

„Mit seiner Verbindungsaufnahme zum BRD-Bürger L. und Weiterleitung seines Anliegens über den L. an eine BRD-Institution erfüllt er objektiv den Straftatsbestand gem. § 106 (2) StGB.“
(Quelle: ebenda, S. 137)

Die Stasi konnte jedoch nichts gegen Peter unternehmen, waren doch keine offiziellen „Beweise“ für eine „Staatsfeindliche Hetze“ vorhanden. Dass sie in den Briefen der Bürger schnüffelte und sie belauschte, konnte und wollte sie nicht offenbaren. Da er noch nicht einberufen war, war die Ankündigung der Wehrdienstverweigerung ebenfalls noch nicht strafrechtlich relevant (§ 256 StGB/DDR). Die DDR – Behörden lösten zusammen mit der Stasi das Problem Peter Westermann, indem sie ihn am 14.1.1977 nach West-Berlin abschoben.

¹ Nationale Volksarmee; Armee der DDR.



Operative Personenkontrolle

Eine Operative Personenkontrolle (OPK) war im Rahmen des flächendeckenden Vorgehens zur umfassenden Klärung der Frage „Wer ist wer?“ ein wichtiges Arbeitsmittel des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie diente sowohl der Kontrolle der Person als auch ihrer „Operativen Bearbeitung“.

Eine OPK wurde eingeleitet, wenn im Sinne der Stasi Anhaltspunkte für den Verdacht auf Begehung einer strafbaren Handlung bzw. für eine „feindlich – negative“ Einstellung gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik vorlagen. Erwiesen sich die Anhaltspunkte als nicht relevant oder nichtig, wurde die OPK eingestellt. Andernfalls wurden IM – Vorläufe² oder „Operative Vorgänge“³ angelegt bzw. Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Abb.: Aktendeckel der OPK

Postkontrolle

Obwohl in der Verfassung der DDR das Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 31) festgeschrieben war, betrieb die Stasi eine intensive Kontrolle von Briefen und Paketen und hörte Telefongespräche ab. Zuständig waren ihre Abteilungen M und 26.

Einbezogen in die Postkontrolle waren sowohl Briefe und Kleingutsendungen sowie Telegramme. Als Suchkriterien konnten die Adresse und der Absender einer observierten Person oder auch besondere Merkmale einer Postsendung wie z. B. fehlende Absenderangaben oder ein nicht existenter Absender gelten.

„Aus dem M – Hinweis¹ 2772 wird ... deutlich sichtbar, dass W. dem L. seine Absicht Demonstrativhandlungen anzukündigen, mitgeteilt haben muss, denn L. schreibt: 'Aber laß bitte sofort mich benachrichtigen, falls man Hand an Dich legt, d.h. falls Du einfahren solltest' „

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 476/77, Bd. 1, S. 137)

Beispiel dafür, dass Peter Westermanns Briefe von der Stasi kontrolliert wurden.

¹ Hinweis der Abteilung M (Postkontrolle).

Der § 106 StGB/DDR

Staatsfeindliche Hetze

(1) Wer mit dem Ziel, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen oder gegen sie aufzuwiegeln,

1. [...]

2. Verbrechen gegen den Staat androht oder dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten;

[...]

wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

² Siehe „Die inoffiziellen Mitarbeiter“.

³ Siehe „Wir wollen raus“.

Abstimmung mit den Füßen

Am 19. August 1979 wurden Volker Seidel und seine Frau Bettina in der Nähe der ungarischen Stadt Szeged beim Versuch, die Grenze nach Jugoslawien zu passieren, festgenommen und an die DDR ausgeliefert. Wegen des versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts in Tateinheit mit Verstoß gegen das Devisengesetz wurde der 34-jährige Lehrer einer Fachschule, er war Mitglied der SED, vom Kreisgericht Erfurt zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt; seine Frau, sie war 23 Jahre alt und studierte Pädagogik, erhielt eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren. Nach Verbüßung eines Teils der Strafe wurden beide im Dezember 1980 aus der Haft in Torgau bzw. in Hoheneck, dem Frauengefängnis der DDR, in die Bundesrepublik entlassen. Sie wurden von der Bundesrepublik freigekauft.

Bei den Vernehmungen durch die Abteilung IX¹ der Bezirksverwaltung Erfurt der Staatssicherheit äußerten sich beide unmißverständlich über ihre Motive, die DDR durch Flucht zu verlassen:

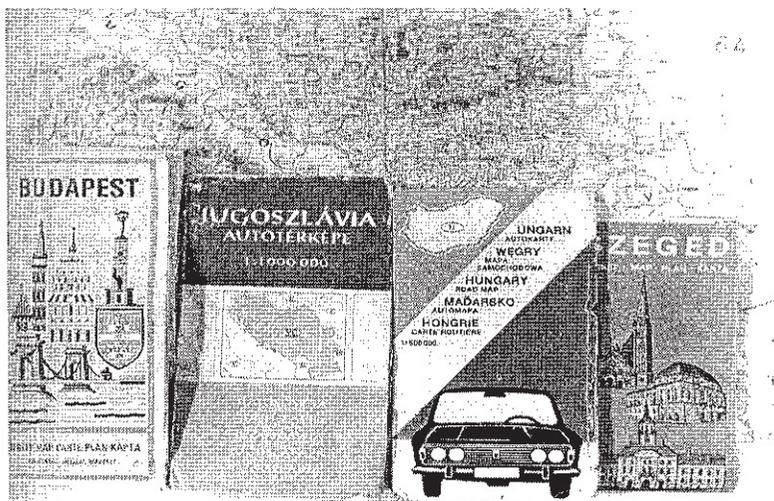
Volker Seidel: Es gab für mich nur einen Grund, Mitglied der SED zu werden – um studieren zu können. Ich war mir nicht sicher, ob ich als Parteiloser einen Studienplatz erhalten würde. [...] Die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, wie z. B. die Diktatur des Proletariats, entsprechen in keiner Weise meiner Weltanschauung.

Ich lehne jegliche Form der Diktatur ab. Jede fachliche Arbeit in der DDR ist mit einer gesellschaftlichen bzw. politischen Tätigkeit gekoppelt. Das kann ich nicht akzeptieren. Ich kann und will nicht in einem Staat leben, dessen gesellschaftspolitisches Leben von einer Partei bestimmt wird. [...] Ich kann so etwas wie 'Hass auf die Feinde' nicht billigen. Für meine Begriffe gibt es keine Feinde, die man hassen muss. [...] Ich möchte nicht in einem Staat leben, in dem ich nicht meine persönliche Freiheit – meine bürgerliche Freiheit – verwirklichen kann. Zu der bürgerlichen Freiheit gehört unter anderem die Reisefreiheit.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 2189/80, Bd. 1, S. 222 f, 225)

Bettina Seidel: Im ersten Studienjahr bemühte ich mich, mich einzuordnen, anzupassen ... übernahm gesellschaftliche Funktionen. Damals sagte ich mir, man muss doch auch in der DDR leben können. [...] Es gelang mir nicht. Ich sprach mit falscher Zunge im Unterricht, in Versammlungen. Ich sagte, was sie hören wollten. [...] Ich merkte, wie mir immer mehr meine Persönlichkeit davonglitt. Ich fühlte, dass mehr und mehr die Unehrllichkeit zur Gewohnheit wurde. [...] Ich bin kein Kommunist, aber ich erwarte, dass man auch mich sprechen läßt und ich ehrlich meine Ansichten sagen kann. Es ist nicht möglich, ich habe es in vielen Strafen und Rügen zu spüren bekommen. [...] Und ich wußte mir keinen anderen Rat, mein Leben zu verändern, als illegal die DDR zu verlassen.

(Quelle: BStU, ebenda, S. 85 ff)



Beweismittel:

Diese Karten kaufte sich das Ehepaar, um sich im Grenzgebiet von Ungarn zurechtzufinden. Sie dienten bei der Anklage als Beweismittel.

(Foto: ebenda, GA, S. 113)

¹ Untersuchungsabteilung.

Untersuchungsvorgang

Ein Untersuchungsvorgang wurde von der Staatssicherheit angelegt, um einer oder mehreren Personen Straftaten nachzuweisen. In einem solchen Vorgang sind der Haftbefehl, die Einlieferungsanzeige, Vernehmungprotokolle, Durchsuchungsbefunde, Gutachten, Schriftproben, Beweismittel und anderes mehr enthalten, die der Beweisführung dienen können. Durchgeführt wurden die Ermittlungen von der Hauptabteilung IX bzw. von der Abteilung IX der Bezirksverwaltung, die eng mit der Justiz zusammenarbeitete. Die Ermittlungsergebnisse wurden an den Staatsanwalt zur Anklageerhebung übergeben.

Abteilung IX

Die Hauptabteilung IX wie auch die jeweiligen Abteilungen IX in den Bezirksverwaltungen waren seit 1950 zuständig für die Bearbeitung von Untersuchungs- und Ermittlungsverfahren zu politischen Straftaten, schwerer Kriminalität, Wirtschaftsvergehen, Nazi- und Kriegsverbrechen, Militärstraftaten sowie Straftaten von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit.

Der § 213 StGB/DDR

Ungesetzlicher Grenzübertritt

- (1) Wer widerrechtlich in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eindringt oder sich darin widerrechtlich aufhält ... oder ohne staatliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt oder in dieses nicht zurückkehrt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder öffentlichem Tadel bestraft.
- (2) In schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

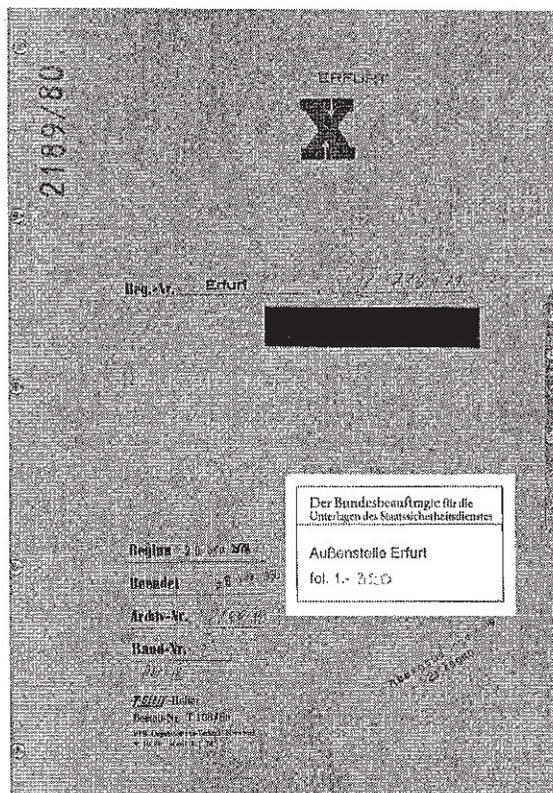


Abb.: Aktendeckel des Untersuchungsvorgangs

Exmatrikuliert

Schreiben des Rektors der Pädagogischen Hochschule Erfurt an den Staatsanwalt und an Frau Seidel vom 14. September 1979:

Sehr geehrter Genosse Staatsanwalt!
Aus dem beigefügten Durchschlag erkennen Sie, dass ich Frau Seidel mit sofortiger Wirkung als Studentin der Pädagogischen Hochschule "Dr. Theodor Neubauer" exmatrikuliert habe.
Ich bitte Sie den beigefügten Umschlag mit der gleichlautenden Information an Frau Seidel weiterzuleiten.

Mit sozialistischem Gruß

Werte Frau Seidel!
Aufgrund mir zugangener Informationen muss ich feststellen, dass Sie den hohen Anforderungen an die Persönlichkeit eines Lehrers der sozialistischen Schule nicht gewachsen sind.
Ich sehe mich deshalb veranlasst, Sie mit sofortiger Wirkung zu exmatrikulieren.
Die Stipendienzahlung endet mit dem 15.9.1979.

Hochachtungsvoll

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 2189/80, Handakte, S. 31 f)

Friedens- meditation in der Jakobskirche

Am 23. März 1983 entdeckte die Parteisekretärin einer Weimarer Schule an der Schultür ein Blatt Papier, das mit zwei Reißzwecken angeheftet war. Wer das Papier dort angebracht hatte, war ihr unklar. Auf keinen Fall war es eine Verlautbarung der Schulleitung, wurde doch damit eine Friedensmeditation in der Jakobskirche angekündigt. Das konnte nur aus dem „politischen Untergrund“ aufgetaucht sein und hatte an einer sozialistischen Schule nichts zu suchen. Die Parteisekretärin entfernte das Blatt umgehend und übergab es der Stasi.

Die hatte bereits im Stadtgebiet von Weimar weitere Ankündigungen gleichen Inhalts entdeckt und entfernen lassen. Sie kannte durch ihre operative Arbeit die Urheber: Es handelte sich um eine Gruppe junger Leute, die unter dem Dach der evangelischen Kirche angesiedelt war und der oppositionellen Friedensbewegung angehörte. Montag, der 6. Juni 1982 war das Gründungsdatum der Gruppe, die sich in der Folgezeit *Montagskreis* nannte. Frauengruppen, Umweltschützer, Theaterspieler und Punks waren integriert. Der *Montagskreis* veranstaltete gut besuchte Friedensmeditationen in der Weimarer Jakobskirche.

Die Stasi beobachtete und kontrollierte nicht nur die Mitglieder des *Montagskreises*. Ihr Ziel war es, die Aktivitäten der als negativ und staatsfeindlich eingeschätzten Personen „zurückzudrängen“ und die Gruppe zu „zersetzen“¹. Zu diesem Zweck hatte sie im Jahr 1983 (Stand 21. Juni) fünf operative Vorgänge² angelegt, in denen 32 Personen „operativ bearbeitet“ wurden, darunter auch neun Bürger aus der Bundesrepublik bzw. West-Berlin und zwei Weimarer, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten.

Über die Ansichten, Vorhaben und Aktivitäten der „bearbeiteten“ Personen berichteten inoffizielle Mitarbeiter (IM), unter

ihnen auch „Erika“. Die Frau, die das Vertrauen der Gruppenmitglieder genoß, aber auch das der Stasi, war bei der angekündigten Friedensmeditation am 24. März 1983 in der Jakobskirche dabei. Ihr Bericht fand Eingang in die Operativinformation vom 28. März 1983, in der der Stasi – Major Sch. schrieb:

Auf der Grundlage der bisher vorliegenden inoffiziellen Informationen über den Ablauf dieser Veranstaltung kann folgende operative Wertung gegeben werden: [...] Die Teilnehmerzahl wird auf ca. 200 Personen geschätzt, wovon nur ca. 30 Personen im Alter über 30 Jahren waren. Die Thematik der Veranstaltung beinhaltete Probleme der Abrüstung, Umweltschutz und Atomkriegsgegenschaft. Es wurde ein kleines Theaterstück aufgeführt. Hierzu wurden größere Pappwürfel aufgestellt. Auf jedem Würfel stand eine Losung „Frieden“, „Chaos“, „Abrüstung“ usw. Vor diese Würfel stellte sich jeweils ein Jugendlicher, dessen Gesicht weiß geschminkt war. Diese Jugendlichen führten zu den auf den Würfel stehenden Problemen Zwiegespräche. Hinter diesen Würfeln stand eine männliche Person im Ledermantel, dunkler Brille und mit Hut und machte sich in pantomimischer Gestik Aufzeichnungen. Danach wurden die Würfel zu einer Pyramide zusammengestellt. Der Mann im Ledermantel riss einen Würfel heraus, so dass die Pyramide zusammenfiel. Übereinstimmend wurde von den IM's ausgesagt, dass dieser Mann als Symbolfigur die Staatssicherheit verkörpern sollte.

[...] Nach vorliegender inoffizieller Wertung waren alle bekannten Personen aus dem harten Kern der negativ – staatsfeindlichen Gruppierung und der Punkszene aus Weimar anwesend.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 1141/84, Bd. 1, S. 261)

Die Reaktion der Stasi auf diese Friedensmeditation und viele weitere Aktivitäten: Die beiden Initiatorinnen wurden nach dem Westen abgeschoben, später auch weitere Mitglieder. Andere wurden inhaftiert; die Oberschüler wurden über ihre Schulen diszipliniert; es wurde versucht, über die Kirchenleitungen Einfluß zu nehmen bzw. innerkirchliche Konflikte zu schüren; Mißtrauen wurde gesät. All dies lief unter dem Begriff „Zersetzung“ der Gruppe. Im November 1984 hatte die Stasi ihr Ziel erreicht. Den *Montagskreis* gab es nicht mehr.

¹ Siehe folgende Seite.

² Siehe „Wir wollen raus!“.



Abb.: Mit selbst gemachten Plakaten informierten die Mitglieder des Montagskreises über ihre Veranstaltungen (Quelle: BStU, Ast. Erfurt, AOP 1141/84, Bd. 2, S. 156)

„Zersetzung“

Methode der Stasi bei der Bearbeitung von Operativen Vorgängen¹.

Ziel der „Zersetzung“ war die Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung „feindlich-negativer“ Kräfte, um deren Handlungen zu verhindern, wesentlich einzuschränken oder gänzlich zu unterbinden.

Formen der „Zersetzung“ waren u. a.

- die systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes und Ansehens von Personen auf der Grundlage entweder wahrer oder unwahrer, aber glaubhafter Angaben;
- die systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens;
- das Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen;
- das Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen durch die zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;

- das örtliche und zeitliche Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen, z. B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze u. ä.;

Mittel und Methoden der „Zersetzung“ waren

- das Heranführen bzw. der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern, u. a. als Kurierere oder Verbindungsperson des Leiters der Gruppe;
- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe oder Telefonanrufe wie auch kompromittierender Fotos, z. B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen;
- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen der Gruppe;
- gezielte Indiskretionen bzw. das Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen der Stasi;
- die Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung.

¹ Siehe „Wir wollen raus!“.

Widerstand gegen die Pseudowahlen

[...] Anfang Januar 1984 sucht der Beschuldigte Kuhn ohne Vereinbarung die Wohnung Weimar..., wo die Mitbeschuldigten Opitz, Hartmann und Friedrich anwesend waren. K. unterbreitete den Mitbeschuldigten den Vorschlag, eine gegen die im Mai 1984 stattfindenden Volkswahlen gerichtete und zu Verbreitung bestimmte Schrift herzustellen. [...] Nach den bisherigen differenzierten Aussagen der Beschuldigten gaben sie ihre Zustimmung zu den von K. vorgeschlagenen Handlungen und billigten ohne wesentliche Änderungen dessen Textentwurf, der einen Aufruf an die „Mitbürger“ enthielt, nicht an der Wahl teilzunehmen bzw. die Wahl zu boykottieren, solange staatlicherseits nichts mehr gegen die Umweltverschmutzung und die Raketenherstellung in der DDR getan wird.

Die Flugblätter wurden... unter Verwendung... einer Schreibmaschine..., Spezialpapier für Ormig-Matrizen, Spiritus, einer Gummwalze, einer Glasscheibe sowie weißem Papier im Format A 4 hergestellt.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 834/85, Bd. 1, S. 149)

So heißt es in einem internen Fernschreiben der Stasi vom 26. Januar 1984. Am selben Tag waren die vier „Beschuldigten“ festgenommen worden, ehe sie überhaupt die Flugblätter verteilt hatten. Im Juli 1984 wurden sie gemäß § 214 StGB/DDR¹ verurteilt: Kuhn bekam 2 Jahre Haft, Opitz 2 Jahre und 10 Monate, Hartmann 2 Jahre und 6 Monate, Friedrich wurde auf Bewährung verurteilt. Alle vier wurden nach einem teilweisen Absitzen der Strafe bzw. nach einer Wartezeit in den Westen abgeschoben.

Die vier jungen Männer gehörten dem Weimarer *Montagskreis*² an, der unter dem Dach der evangelischen Kirche eine Heimat gefunden hatte. Der *Montagskreis* als Teil der oppositionellen Friedensbewegung in der DDR war durch verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aufgefallen wie Diskussionsrunden zur Wehrdienstverweigerung und Ausreiseanträgen sowie Friedensmeditationen und alternative Weihnachtsmärkte. Die Mitglieder die-

ser Gruppe, ihre politische Haltung und ihre Handlungen passten nicht in das Bild eines sozialistischen Staates. Sie wurden von der Stasi als feindlich-negativ eingeschätzt und operativ bearbeitet.

Mit der Verhaftung, die in der Bundesrepublik ein breites Medienecho fand, und der Verurteilung der vier sah die Stasi eine Möglichkeit, den *Montagskreis* zu zersetzen³. Im Mai, unmittelbar nach der Kommunalwahl, stellte die Stasi fest, dass seit dem Zeitpunkt der Inhaftierung von Hartmann u.a. sowie der erfolgten zielgerichteten Übersiedlung in die BRD, nach WB⁴ eine starke Verunsicherung und Zersetzung des verbliebenen Personenkreises erreicht werden konnte [...]

(Quelle: ebenda, Bd. 2, S. 43)

Das Flugblatt

Liebe Mitbürger!
Am 6. Mai dieses Jahres finden die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen statt.
Die Probleme unseres Landes wachsen ständig.
Das Problem der Umweltverschmutzung nimmt auch bei uns immer erschreckendere Formen an. Es werden jedoch keine nennenswerten Anstrengungen seitens der Regierung und der örtlichen Organe unternommen, auch gerade dieses Problems Herr zu werden. Vielmehr werden seit Jahren mit den gleichen Phrasen andere Stimmen mundtot gemacht.
Die Friedenspolitik fügt sich ohne Widerrede in den Wahnsinn der Blocklogik.
Der innenpolitische Druck auf Friedensbewegte wächst ständig.
Die Probleme vor denen wir unausweichlich stehen, werden nicht durch ideologischen Starrsinn gelöst werden.
[...]
Wir müssen HANDELN, bevor wir an den Folgen einer solchen Politik zu Grunde gehen.
Ihr ganz persönlicher WAHLBOYKOTT und der Ihrer Freunde und Bekannten ist ein Ausdruck für dieses Bewußtsein, ein Signal für die Herrschenden.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, ebenda, Bd. 1 S. 154)

¹ Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit; siehe Seite 37.

² Siehe „Friedensmeditation in der Jakobskirche“.

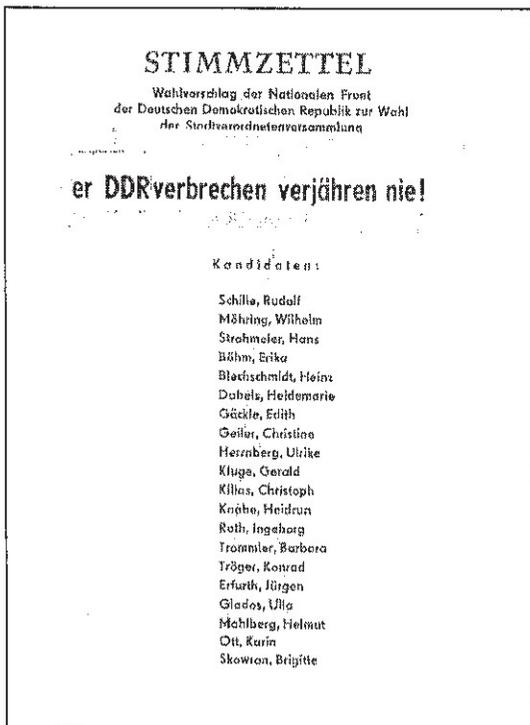
³ Siehe „Zersetzung“.

⁴ West-Berlin.

„Zettelfalten“

In der DDR gab es keine geheimen und freien Wahlen. Die Stimmzettel für die Volkskammerwahlen bis hin zu den Kommunalwahlen waren Einheitslisten, auf denen alle Kandidaten standen. Eine Veränderung der Stimmzettel war nicht vorgesehen. Sie sollten unverändert und offen in die Urnen geworfen werden. Die Leute nannten deswegen die Wahlen spöttisch „Zettelfalten“. Trotzdem nahmen mutige Bürger Streichungen auf den Listen vor, schrieben Bemerkungen auf die Zettel oder verweigerten die Wahlbeteiligung. Dies wurde von den Behörden registriert und als Widerstandshandlung aufgefaßt. Häufig wurden die realen „Wahlergebnisse“ gefälscht, damit 99 Prozent der Ja – Stimmen für die Liste herauskamen.

Der „Beschuldigte“ Kuhn zu seiner Motivation: „Die Angst um das Leben schlechthin muss sich endlich auch in der DDR, abseits der alles übertönenden offiziellen Deklarationen, Kommuniqués, Jubel- und Optimismusmanifestationen artikulieren. Diese Angst fordert zum endlich entschlossenen Handeln. Sie soll im Aufruf zur Nichtteilnahme an den Wahlen endlich zu Wort kommen.“
(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 14/85, GA, S. 156)



Dieser Stimmzettel stammt von der Kommunalwahl 1979 und von einem Wähler, der die Wahlkabine zum Protest nutzte
(Quelle: BStU, ASt. Chemnitz, AKG 1879)

„In Vorbereitung der Kommunalwahlen 1984 zeichnete sich unter den ehemaligen Mitgliedern des sogenannten ‚Montagskreis‘ ab, dass ... ein Teil dieser die Kommunalwahlen ablehnt, indem bereits die Wahlbenachrichtigungen nicht angenommen werden sowie andererseits Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen und dabei alle Kandidaten auf dem Wahlschein durchstreichen.“

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AOP 834/85, Bd. 2, S. 43)

Aus dem „Tagesbericht zur politisch-operativen Lage“,
7. Mai 1989:

„Von einem schleppenden Wahlvorgang an der Wahlbeteiligung sprach man in der Gemeinde Elxleben. Es wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf den beabsichtigten Bau des Chemietanklagers verwiesen und eine Art ‚Trotzreaktion‘ durch die Bevölkerung und deren ablehnende Haltung zu diesem Bau zum Ausdruck gebracht.“

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, SA Abt. XX 651, S. 36)

„Wahlergebnisse“

1981: Volkskammerwahlen 99,86 %
1984: Kommunalwahlen 99,88 %
1986: Volkskammerwahlen 99,94 %
1989: Kommunalwahlen 98,85%

Aus einer „Information über eine geplante öffentlichkeitswirksame provokativ-demonstrative Aktion“,
23. Juni 1989:

„Im Rahmen der Veranstaltung wurde eine sogenannte Auswertung der Kommunalwahlen vom 07.05.1989 in Weimar vorgenommen. Durch Pfarrer [...] und den Mitarbeiter beim Rat der Stadt Weimar [...] wurde ein von ihnen erarbeiteter Brief zur Verlesung gebracht, in dem feindlich-negative Aussagen über angebliche Wahlmanipulationen angeführt wurden.“

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, ebenda, S. 1)

Während es bei vorangegangenen Wahlen nur wenige waren, die sich verweigerten, sah dies bei den Kommunalwahlen 1989 anders aus.

Die Kritiken und der Spott aus der Bevölkerung über die „Wahl“, die Entschlossenheit, diese Wahl zu verweigern bzw. an der Stimmenauszählung teilzunehmen und Wahlmanipulationen aufzudecken waren unverkennbar.

Keine Chance für die Punks?!

Am Beispiel von Günther – Punk aus Weimar – wird deutlich, mit welchen Mitteln die Mitarbeiter des MfS gegen Andersdenkende vorgingen:

Günther fiel durch sein „negativ-dekadentes äußeres Erscheinungsbild“ auf und hatte eine „pazifistisch-anarchistische Grundeinstellung“¹. Um ihn zu disziplinieren, zu einem angepassten DDR-Jugendlichen zu formen, veranlassten die MfS-Mitarbeiter im Jahr 1986 Folgendes:

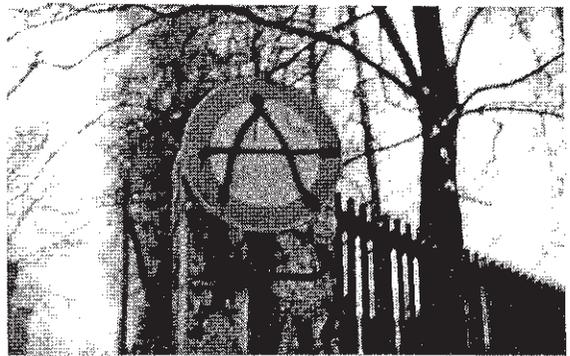
- Auflösung der Punk-Band, in der Günther mitspielte, da diese nicht staatlich genehmigt war.
- Durch den Einsatz von IM wurde verhindert, dass Günther weiterhin als Türsteher bei Tanzveranstaltungen arbeiten konnte.
- Günther war am Knie erkrankt. Durch die Einflussnahme des zuständigen MfS-Mitarbeiters wurde veranlasst, dass er operiert wurde, um zum einen zeitweise seine Beweglichkeit einzuschränken und andererseits die Wehrdiensttauglichkeit herzustellen.

Zur vollständigen Disziplinierung wurde er im Frühjahr 1987 zur NVA² einberufen.



Ausschnitt aus einem Plattencover der Gruppe „Schleimkeim“ aus Stotternheim bei Erfurt

Welche Bedeutung der Punk für das MfS hatte, zeigt – neben den harten Eingriffen in Günthers Leben – auch folgender Auszug aus einem Redebeitrag eines hochrangigen MfS – Offiziers zur internen SED – Mitgliederversammlung 1983:



Verkehrszeichen als „Anarchie“ – Symbol auf MfS – Foto (Quelle: BStU, ASt Erfurt, KD Weimar SA 875)

„Obwohl es sich bei den sogenannten Punkern echt nur um eine kleine Randgruppe, die in unserem Bezirk aus ca. 20 bis 25 Jugendlichen besteht, handelt, möchte ich mich wegen ihrer massiven Öffentlichkeitswirksamkeit zu diesem Problem kurz äußern. [...] Gerade wegen dieser Wirkung in der Öffentlichkeit stellt sich aber auch die Frage, warum der Einfluss der verantwortlichen Erziehungsträger sowie überhaupt der breiten Öffentlichkeit auf die Vertreter der Punkbewegung so gering ist. [...] Mehr Beachtung muß der Punker-Musikbewegung geschenkt werden. Zunehmend tauchen derartige Musikgruppen [...] auf. Die Namen solcher Gruppen, wie z. B. „Schleim-Keim“ aus Erfurt und „Vorbildliche Planerfüllung“ aus Gera sind schon kennzeichnend genug für das Programm dieser Gruppen. [...] Sicher brauchen wir nicht vor jedem Jugendlichen, der heute einen Ohrring trägt, erschrecken, aber eine besondere Auszeichnung sind die Kahlköpfigen, bunt Angemalten für die ästhetische Erziehung an unseren Schulen auch nicht gerade.“

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, Ltr. BV SA 235)

PRÜGELKNABEN

Sie sitzen ganz oben in hohem Amt
sie sind allmächtig, sie regieren das Land
Gesetze aus Gummi, Schutz Ihrer Macht
das Volk ist beschnitten und wird überwacht

Wir wollen nicht länger eure Prügelknaben sein!

Gedanken werden sterilisiert
Worte durch Zensur kastriert
Bilder verfälscht, um den Schein zu wahren
sich stärker zeigen nach langen Jahren

Wir wollen nicht...

Text eines Stücks von „Schleimkeim“

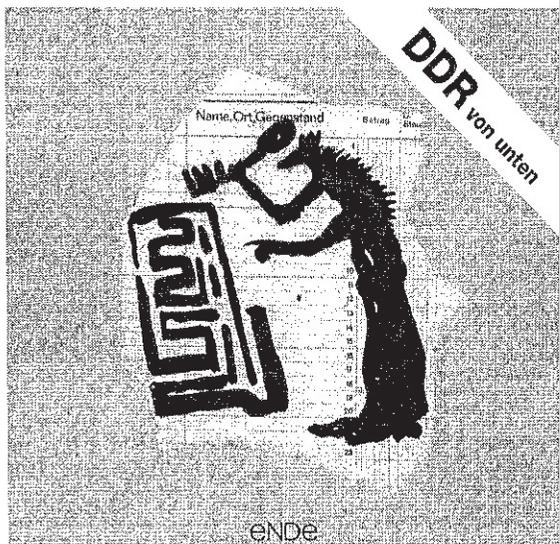
¹ zitiert aus BStU, ASt. Erfurt, AOPK 1813/86.

² Nationale Volksarmee der DDR.

„Sozialistische Persönlichkeiten“

Aus dem Jugendgesetz der DDR:

„Vorrangige Aufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist es, alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen. Die Jugend trägt selbst hohe Verantwortung für ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten ... Die Entwicklung der jungen Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten ist Bestandteil der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und der gesamten Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht (und damit auch des MfS – d. R.) ... Die Jugend achtet die Gesetze der DDR und handelt entsprechend den Normen des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen ... Die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und die Lehrer und Erzieher gewährleisten den wirksamen Schutz der Jugendlichen vor allen Einflüssen, die ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten gefährden.“³



Cover einer Anfang der 80er Jahre in West-Berlin gepressten Schallplatte, A-Seite: „Zwitschermaschine“ – Band des inzwischen als IM bekannten Sascha Anderson; B-Seite: „Saukerle“ als Pseudonym für „Schleimkeim“. Das Erscheinen dieser Platte hatte schwerwiegende Folgen für einige der Beteiligten...

³ Jugendgesetz der DDR, Berlin 1974, S. 9 f.

Daher wurden beispielsweise die nachfolgend beschriebenen Verhaltensweisen vom MfS als staatsfeindlich betrachtet:

- das Zweifeln an der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung,
- das Erörtern und Befürworten feindlicher Argumente... und Theorien,
- das Lesen und Austauschen ideologisch zersetzender Literatur und von Schundliteratur...
- das selbständige Produzieren feindlich – negativer Auffassungen, z. B. in Form politisch – negativer Witze, Sketche, Lieder, Losungen, Sprechchöre,
- das Bilden von Gruppierungen, deren Charakter durch gemeinsame feindlich – negative Auffassungen geprägt ist, z. B. im Rahmen religiöser Tätigkeit,
- das Ablehnen der Teilnahme an Veranstaltungen des Wehrkundeunterrichts, wie z. B. das Schießen auf Mannscheiben, ...
- die Verweigerung des Eintritts in die FDJ⁴ ... und der demonstrative Austritt,
- die Übernahme westlicher Moralauffassungen und Lebensweisen, wie z. B. der Punks, der Rocker, Popper, Tramper u. ä.
- das Provozieren Erwachsener durch rüpelhaftes Benehmen, „moderne“ Haarschnitte und Kleidung, ...
- die lustlose Erfüllung von Lern- und Arbeitsaufträgen...
- das übermäßige Konsumieren von Alkohol,
- die Übernahme extremistischen... Gedankengutes ...
- das Zusammenschließen von Jugendlichen mit den genannten gesellschaftswidrigen Verhaltensweisen ... in Gruppen und Gruppierungen.⁵

Und so wurden nach dem Motto „Wer nicht für uns ist, ist unser Feind!“ vom MfS als „Schild und Schwert der Partei“ Jugendliche wie Günther diszipliniert und Punk – Bands mit sogenannten Zersetzungmaßnahmen überzogen.

⁴ Freie Deutsche Jugend.

⁵ Die politisch – operative Arbeit zur Sicherung der Jugendpolitik der SED. Studienmaterial für das Fachschulfernstudium. Potsdam 1985. BStU, ZA, MfS VVS JHS 0001 – 183/85.

Nachteile bewußt in Kauf genommen

Peter Sommerfeld war NSW-Reisekader. NSW war in der DDR die Abkürzung für „nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet“. Gemeint waren die Länder, in denen im Unterschied zur Planwirtschaft die Marktwirtschaft herrschte, also die Bundesrepublik, Frankreich, die USA, Japan usw. Ein Reisekader war eine Person, die aufgrund ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu Wirtschaftsverhandlungen ins Ausland reisen durfte. Bevor der Reisekader jedoch die sonst für normale DDR-Bürger geschlossene Grenze überqueren konnte, was für ihn auch mit gewissen finanziellen Vorteilen verbunden war, wurde seine politische Zuverlässigkeit überprüft.

Bei Peter Sommerfeld waren alle Voraussetzungen vorhanden.

„S. ist parteilos. Er wird jedoch innerhalb seines Arbeitskollektivs als ein Kollege mit einer positiven Einstellung zu unserem Staat [...] eingeschätzt. Er hat einen offenen und ehrlichen Charakter. Seine Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit werden als gut bezeichnet. S. hat an seiner Arbeitsstelle sowie im Wohngebiet einen guten Leumund. Er ist verheiratet. Seine Familienverhältnisse sind geordnet. [...] Negative Hinweise liegen beim MfS sowie bei der VP¹ nicht vor.“

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AIM 2094/86, S. 72)

Diese Eigenschaften und die Tatsache, dass er hin und wieder dienstlich in das Ausland fuhr, machten ihn für die Stasi interessant:

„Die Gewinnung und Qualifizierung eines IMB² macht sich vor allem [...] aus der Sicherung der vielfältigen Kontakte des Kombimates [...] zu Konzernen und Firmen des NSW, speziell der BRD, notwendig. [...] Diese vielfältigen Kontakte des [...] gilt es mit qualifizierten IM abzusichern sowie zur Erarbeitung aussagefähiger personen-

bezogener Informationen und Hinweise zu sichern.“

(Quelle: ebenda, S. 7)

Die Stasi testete Peter Sommerfeld, ob er sich für ihre Spionage- und Spitzelzwecke eignete. Sie ließ sich von vier inoffiziellen Mitarbeitern Einschätzungen über den Mann geben. Sie „durchleuchtete“ seine Verwandten 1. Grades. Sie kontrollierte seine Post. Sie hörte seine Telefongespräche ab. Als sie zu der Auffassung gekommen war, dass der Reisekader ihren Anforderungen an einen inoffiziellen Mitarbeiter wie Verschwiegenheit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und fachliche Kompetenz gerecht wird, führte sie mit ihm mehrere Kontaktgespräche. Ziel war es, seine Bereitschaft für eine inoffizielle Zusammenarbeit zu erlangen.

Über das Ergebnis zweier Kontaktgespräche mußte MfS-Hauptmann K. schließlich feststellen:

Der Kandidat hat eine ablehnende Haltung zu einer inoffiziellen Mitarbeit. Er begründet dies damit, dass er dazu nervlich nicht in der Lage ist und dass er Konsequenzen für seine Familie befürchtet.

Trotz eines 2-stündigen Gesprächs gelang es nicht, die Vorbehalte des Kandidaten abzubauen.

In einem weiteren Kontaktgespräch am 14.5.1985 brachte der Kandidat die gleichen Argumente und Vorbehalte.

Er ist nicht bereit, kontinuierlich inoffiziell mit dem MfS zusammenzuarbeiten, selbst dann nicht, wenn er daraufhin nicht mehr in das westliche Ausland reisen darf.

Er bleibt NSW-Reisekader, sowohl aus fachlichen wie auch konspirativen Gründen, muß aber weiterhin unter operativer Kontrolle gehalten werden.

Mit dem Kandidaten werden keine weiteren Gespräche geführt.

Die IM-Vorlaufakte wird archiviert.

(Quelle: ebenda, S. 99; wegen der teilweise schwer verständlichen Ausdrucksweise des MfS hier teils wörtliche, teils sinngemäße Wiedergabe des Abschlussberichtes)

¹ Volkspolizei.

² Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung.

Die inoffiziellen Mitarbeiter

Die inoffiziellen Mitarbeiter – Stasi-Abkürzung: IM – waren für das Ministerium für Staatssicherheit unverzichtbar für die Erfüllung seiner Aufgaben. Im Mittelpunkt ihrer konspirativen¹ Arbeit stand die Überwachung von Kollegen, Freunden und Verwandten. Nachdem sie sich schriftlich, selten mündlich, zur Zusammenarbeit mit der Stasi verpflichtet hatten, berichteten sie über Personen oder stellten der Geheimpolizei ihre Wohnung, ihre Anschrift oder ihre Telefonnummer für konspirative Zwecke zur Verfügung, um den Informationsbedarf des Staatssicherheitsdienstes zu decken. Beim Zusammenbruch der SED-Herrschaft umfaßte das Heer der inoffiziellen Mitarbeiter etwa 173 000 Personen, im Bezirk Erfurt waren es etwa 8 200.

„Die inoffiziellen Mitarbeiter sind und bleiben unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen den Feind, sind und bleiben entscheidend für die Realisierung der unserem Ministerium übertragenen spezifischen Verantwortung“

Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR im Oktober 1988

Abb.: Aktendeckel der IM-Vorlauf-Akte

Verpflichtung

Ich [...] geb. [...] in [...] verpflichte mich auf freiwilliger Grundlage mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Ich bin bereit, dem MfS alle Dinge, die sich gegen die Sicherheit des Staates richten, in schriftlicher und mündlicher Form zur Kenntnis zu geben. Über meine Zusammenarbeit werde ich strengstes Stillschweigen bewahren. Ich wurde darüber belehrt, dass ich beim Bruch dieser Verpflichtung der DDR großen Schaden zufüge und bestraft werden kann. Zu Wahrung der Geheimhaltung meiner Person wähle ich mir den Namen [...]

Beispiel für eine Verpflichtung

Nicht alle Personen, die der Staatssicherheitsdienst als inoffizielle Mitarbeiter gewinnen wollte, verpflichteten sich zu einer Zusammenarbeit. Es gehörte Mut dazu, Nein zu sagen, wußte doch niemand so genau, ob und welche Nachteile und Verfolgungen ihn erwarteten.

Die IM – Vorlauf – Akte

Die Bezeichnung „Vorlauf“ deutet darauf hin, dass der Staatssicherheitsdienst beabsichtigte, die betreffende Person zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Vorlaufphase diente zur „Aufklärung und Überprüfung der Eignung, Zuverlässigkeit und Bereitschaft des IM-Kandidaten“ im Hinblick auf eine Zusammenarbeit.

Kam es zur Verpflichtung des Kandidaten, wurde die Akte als IM-Akte weitergeführt. Weigerte sich die Person oder befand die Stasi sie für ihre Zwecke ungeeignet, wurde die Akte geschlossen und als „IM-Vorlauf“ archiviert.

¹ Geheim.

Zeittafel

08.05.1945	Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands; Deutschland wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt
03. - 11.09.1945	Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone
07.03.1946	Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ)
21. - 22.04.1946	Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durch die Zwangsvereinigung von KPD und Ost-SPD
07.10.1949	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik; die Verfassung der DDR tritt in Kraft
08.02.1950	Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
15.10.1950	Wahlen zu Volkskammer, Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen zum ersten Mal nach Einheitslisten; 99,7 % Ja-Stimmen für die Einheitsliste
1950	197 788 DDR-Bürger flüchten in den Westen
1952	Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild zunächst auf freiwilliger Basis; Bildung der ersten LPG
17.06.1953	Volksaufstand in Ost – Berlin und in der DDR; Niederschlagung durch sowjetische Panzer
11. - 14.05.1955	Abschluß des Warschauer Paktes, des Militärbündnisses des Ostblocks
18.01.1956	Die Volkskammer beschließt die Schaffung einer Nationalen Volksarmee (NVA)
23.10. - 11.11.1956	Volksaufstand in Ungarn
15.04.1960	Abschluß der Zwangs – Kollektivierung der Landwirtschaft
1960	143 917 Menschen flüchten in die Bundesrepublik und nach West-Berlin
13.08.1961	Bau der Mauer in Berlin
24.01.1962	Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht
06.04.1968	Volksentscheid zur neuen Verfassung, die am 09.04. in Kraft tritt
01.07.1968	Das neue Strafgesetzbuch tritt in Kraft; Verschärfung und Ausweitung des politischen Strafrechts
20. - 21.8.1968	Einheiten der NVA beteiligen sich an der Vorbereitung zum Einmarsch in die ČSSR
19.03.1970	Bundeskanzler Brandt und DDR – Ministerpräsident Stoph treffen in Erfurt zu Gesprächen zusammen; Ovationen der Bevölkerung für Brandt
21.06.1973	Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR tritt in Kraft
18.09.1973	Die DDR wird 133. Mitglied der UNO; die Bundesrepublik 134.
30.07. - 01.08.1975	KSZE-Konferenz in Helsinki; die DDR gehört zu den Unterzeichner-Staaten der Schlussakte
22.08.1976	Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Brüsewitz auf dem Marktplatz in Zeitz
16.11.1976	Der Liedermacher Wolf Biermann wird aus der DDR ausgebürgert
01.09.1978	Mit Beginn des Schuljahres Einführung des Wehrunterrichts für die Klassen 9 und 10; bereits im Vorfeld gab es zahlreiche Diskussionen und Proteste gegen die zunehmende Militarisierung
13.12.1981	Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen
1981 / 1982	Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen"
14.02.1982	Friedensforum mit 5 000 Anhängern der Unabhängigen Friedensbewegung in Dresden
08.06.1983	Zerschlagung der Jenaer Friedensgemeinschaft durch die zwangsweise Abschiebung von Roland Jahn und weiteren Mitgliedern
03.07.1983	Die Unabhängige Friedensbewegung in der DDR veranstaltet in Ost – Berlin eine Friedenswerkstatt mit 3 000 Teilnehmern

Die Rache der "teuren Genossen"

Vier Briefe wurden im Juni 1987 auf dem Sonneberger Postamt "per Einschreiben" abgesandt. Die Empfänger: ZK¹ der SED, Staatsrat der DDR, Rat des Bezirkes Suhl, Rat des Kreises Sonneberg. Die Absender: 14 Bürger der südthüringischen Stadt – allesamt Antragsteller auf Ausreise aus der DDR. Die Anrede: Teure Genossen! Genossen deswegen, weil an den Schaltstellen der Macht – und das waren die Empfänger – Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) saßen. Diese redeten sich untereinander mit "Genosse" an. Die Floskel "teure Genossen" war in offiziellen Anreden der Staatsfunktionäre gebräuchlich.

Die 14 Unterzeichner des gleichlautenden Schreibens, die die Anrede hier ironisch gebrauchten, forderten nachdrücklich ihr Recht auf Ausreise, auf die sie schon viel zu lange warteten.

Die Genossen einschließlich derer beim Ministerium für Staatssicherheit befanden, dass der Inhalt des Schreibens die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR herabwürdigte und die Tätigkeit staatlicher Institutionen beeinträchtigte. An dieser Stelle konnten sie nach ihrem Verständnis den § 214 des DDR-Strafrechtes anwenden.

Die Abteilung IX² der Staatssicherheit übernahm den Fall. In einer vorher genau abgestimmten Aktion vernahmten sie gleichzeitig 13 der Unterzeichner zwecks Verdachtsprüfung. Im Ergebnis dessen wurden gegen fünf Personen, die als Initiatoren eingeschätzt wurden, Ermittlungsverfahren mit Haft eingeleitet. Sie alle wurden im September 1987 wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit – Verbrechen gemäß § 214 Abs. 1 und 3 STGB/DDR – zu Freiheitsstrafen zwischen 10 Monaten und 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die anderen 9 Personen, die unterschrieben hatten, wurden belehrt, dass sie die Gesetze der DDR strikt einzuhalten haben und derartige Handlungen dazu führen, dass ihr Antrag auf Ausreise nicht weiter bearbeitet würde.

Teure Genossen!

000201

Bezugnehmend auf unser aller gestellten Anträge auf die ständige Ausreise aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland wollen wir Sie abermals daraufhinweisen, daß wir nicht länger gewillt sind, uns den Represalien und dieser diktatorischen Lebensweise des real existierenden Sozialismus auszusetzen. Das dies nicht nur die Denkweise einiger Weniger ist, zeigen die jüngsten Ereignisse an der Berliner Mauer.

Wir meinen das man hier in diesem System nicht nur von Frieden, Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte reden sollte, (Mitat, E. Honecker) sondern sich endlich ernsthaft mit den von uns gestellten Anträgen befassen müßte, damit wir alsbald in die Freiheit gelangen können. Alles andere ist Augenwischerei. Und eine Bearbeitungszeit von rund drei Jahren müßte auch den langsamsten Beamten hier genügen um eine Bearbeitung durchführen zu können.

Wir greifen heute zu dieser Form der Antragstellung, um Ihnen werte Genossen, die Arbeit zu erleichtern.

Wir beharren weiterhin auf unser Recht uns unseren Wohnsitz frei wählen zu können, d.h. auch außerhalb der DDR. Etwas anderes kommt für keinen von uns in Frage. Dieser Staat so wie er z.Z. existiert ist für uns nicht mehr akzeptabel.

Schreiben an DDR-Institutionen, um das Recht auf Ausreise nachdrücklich einzufordern. Das Schreiben ist mit 14 Unterschriften versehen.

(Quelle: BStU, ASt. Suhl, AU1010/87, GA, Bd. 1, S. 201)

¹ Zentralkomitee.

² Untersuchungsabteilung des MfS.

„Zuführung“

Die 17-jährige Angela war eine der Unterzeichner des Briefes an DDR-Institutionen, mit dem Sonneberger Antragsteller ihr Recht auf Ausreise einforderten. Auch sie wurde zur Verdachtsprüfung „zugeführt“. Nach stundenlanger Vernehmung und einer Belehrung wurde sie wieder nach Hause geschickt, während ihre Mutter verhaftet und verurteilt wurde. Über ihre „Zuführung“ schrieb sie:

Als ich am 22.6.87 mit meinem Moped zu Hause anlangte, kam ein Mann [...]. auf mich zu und versperrte mir den Weg [...]. Er zeigte mir ganz kurz, unerkennbar seinen Ausweis [...] Weiterhin sagte er, ich würde jetzt mitgenommen und das Auto mit weiteren Leuten hole mich gleich ab [...] Aufgrund meiner Frage nach Verbleiben meiner Mutter gab er mir keine Auskunft [...] Es hatte nicht lange gedauert, und es kam ein grüner Trabant mit 2 weiteren Leuten (Mann + Frau). Der erst genannte erkrallte mich an der Jacke und der zweite Mann versuchte mich in das Auto zu drängen. Ich fragte des öfteren, wohin ich gebracht werde und wo meine Mutter ist, doch hierauf bekam ich keine Antwort [...] Ich war sehr schockiert und aufgeregt und zitterte an Arm und Beinen.

(Quelle: BStU, ASt. Suhl, KD SON 3801, S. 27 f)

Honecker – Zitat verwendet

„U. schlug vor, ein in seinem Besitz befindliches Blatt eines Abreißkalenders mit einem Zitat des Genossen Erich Honecker über Rechte und Freiheit im Sozialismus zu verarbeiten, welches durch T. eingearbeitet wurde.“

(Quelle: BStU, ASt. Suhl, Abt. IX/XIV VK 57/87, S. 31)

„Widerstandshandlungen“

Hauptmann F. von der MfS-Kreisdienststelle Sonneberg beurteilte das Geschehen um die Zuführung Angelas in einem mit „Information über Widerstandshandlungen“ bezeichneten Schreiben wie folgt:

Die A. wurde am 22.06.87 [...] nach Eintreffen mit ihrem Moped am Wohngrundstück durch Unterzeichneten in der Hofeinfahrt an der Haustür angesprochen und ihr nach Vorzeigen des DA¹ mitgeteilt, dass eine Zuführung ihrer Person zur Klärung eines Sachverhaltes erfolgt [...] Um sich der Zuführung zu widersetzen, setzte die A. ihr Moped wieder in Gang, um das Grundstück zu verlassen, wobei sie sich Unterzeichneten gefährlich näherte und androhte, ihn umzufahren, nachdem dieser [...] die Hofeinfahrt versperrte [...] Da Unterzeichneter nicht auswich und sie aufforderte, sich ruhig zu verhalten, stellte die A. das Moped wieder ab und versuchte, an Unterzeichneten vorbeizugehen. Daran wurde sie durch Unterzeichneten, um einen Fluchtversuch zu verhindern, mit leichter körperlicher Gewalt [...] gehindert. Die A. mußte beim Einsteigen ebenfalls mit leichter körperlicher Gewalt zum Besteigen des Fahrzeuges bewegt werden.

(Quelle: ebenda, S. 31)

Der § 214 StGB/DDR

Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit

(1) Wer die Tätigkeit staatlicher Organe durch Gewalt oder Drohungen beeinträchtigt oder in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise eine Missachtung der Gesetz bekundet oder zur Missachtung der Gesetze auffordert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder Tadel bestraft.

(3) Wer sich an einer Gruppe beteiligt, die Gewalttätigkeiten gegen Bürger wegen ihrer staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit verübt oder androht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

¹ Dienstaussweis

Sprühen für das Recht auf Ausreise

„Am 01.03.1988 wurde unsere DE¹ gegen 08.15 Uhr darüber informiert, dass im Stadtgebiet von Weimar 3 Schmierereien mit negativem Inhalt festgestellt wurden. [...] Die festgestellten Losungen wurden vermutlich mittels schwarzer und roter Plakatfarbe an die genannten Orte gesprüht. Die Analyse der Farbsubstanz erfolgt gegenwärtig über das VPKA² Weimar. [...] Im Rahmen der eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen wurden zielgerichtet die IM³/GMS⁴ der KD⁵ Weimar zur Aufklärung einbezogen. Durch den IMS „Peter Röder“ der KD Weimar konnte zu diesem Sachverhalt am 09.03.1988 eine operativ-be-deutsame Information erarbeitet werden.“
(Quelle: BStU, Ast. Erfurt, AOPK 2308/88, S. 8)

Die Losungen lauteten „Jetzt erst recht“ – „Wohn Haft DDR“ – „Alles Lüge“. Aufgrund ihres gegen die DDR gerichteten Inhalts, eröffnete die Stasi mit oben stehender Information einen Operativen Vorgang zur Ermittlung der „Täter“.

Im Café Resi, einem beliebten Treffpunkt junger Leute in Weimar, stellten die Gäste Vermutungen an, wer die Schriftzüge angebracht haben könnte.



(Foto: BStU, Ast. Erfurt, AU 102/89, S. 81)

¹ Diensteinheit des MfS.

² Volkspolizei-Kreisamt.

³ Inoffizielle Mitarbeiter des MfS.

⁴ Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit.

⁵ Kreisdienststelle.

Bei der Vernehmung gab Stefan folgendes zu Protokoll:

Ich möchte auch sagen, dass ich [...] zu solchen Auffassungen gelangte, dass ich in der DDR nicht meine Persönlichkeit entfalten kann, wie ich es will, mein Leben nicht entsprechend meinen Vorstellungen einrichten kann, nicht meine Meinung frei und ungezwungen sagen kann, ohne Gefahr zu laufen, dafür bestraft zu werden [...]. und nicht zuletzt ich auch den Wehrdienst verweigern kann [...] Aus all den Gründen entschied ich mich im Mai 87 dazu, ein Übersiedlungersuchen nach der BRD zu stellen [...]

(Quelle: ebenda, S. 121)

Bei den Gesprächen dabei war auch der Stasi-Spitzel mit dem Decknamen „Peter Röder“. Umgehend teilte er der Stasi die Inhalte der Gespräche mit. Für die war es dann nicht schwer, die Sprüher festzustellen. Es handelte sich um den 20-jährigen Stefan und um den 19-jährigen Michael. Beide hatten einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik gestellt. Da die Bearbeitung von den DDR-Behörden in die Länge gezogen wurde, wollten sie mit den Losungen ihr Anliegen beschleunigen.

Am 7. April 1988 wurde durch die Abteilung IX⁶ der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt ein Ermittlungsverfahren mit Haft gegen die beiden jungen Männer eingeleitet, weil: „Durch das Anbringen der Losungen... sowie das gleichzeitige Benutzen des Anarchiezeichens wird durch die Täter die staatliche und gesellschaftliche Ordnung verächtlich gemacht. Gleichzeitig wurde versucht, durch die Form des Ansprühens der Losungen im Stadtgebiet von Weimar eine Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen.“

(Quelle: ebenda, S. 10)

Die beiden Angeklagten wurden am 15. August 1988 wegen Begehung einer Straftat gemäß § 220 StGB/DDR zu jeweils 10 Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

⁶ Untersuchungsabteilung des MfS.

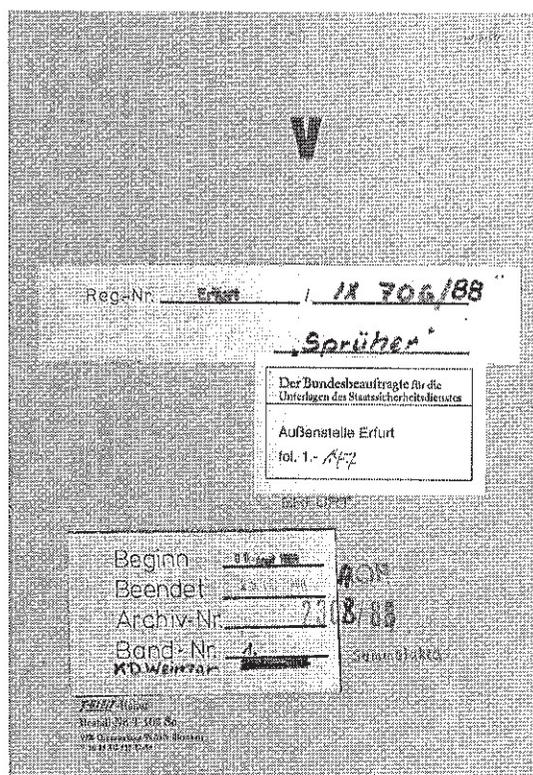


Abb.: Aktendeckel des OV "Sprüher"

"Wir wollen raus!" Ausreise – die indirekte "Abstimmung mit den Füßen"

Die Menschen in der DDR lebten wie in einem großen Gefängnis. Zwar konnten sie sich innerhalb der Grenzen relativ frei bewegen, aber schon für eine Reise in die sozialistischen Staaten benötigten sie Genehmigungen. Eine Fahrt oder ein Wohnwechsel nach Westdeutschland, Österreich oder Frankreich war nur in Ausnahmefällen möglich. Am 1. August 1975 hatte sich die DDR mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki (KSZE¹) zu mehr Freizügigkeit für ihre Bürger verpflichtet. Dieses Recht forderten in den folgenden Jahren immer mehr Menschen, die mit dem politischen System der DDR nicht einverstanden waren, für sich ein. Sie stellten Ausreiseanträge, die von den DDR-Behörden äußerst restriktiv behandelt und zumeist abgelehnt wurden. Dennoch beharrten die meisten Antragsteller trotz massiven psychischen Drucks auf ihrer Ausreise und nahmen selbst Gefängnisstrafen in Kauf. Von 1975 bis zum Sommer 1989 beschritten insgesamt 500 000 DDR-Bürger diesen Weg; 180 000 erreichten das Ziel.

¹ Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa.

Der Operative Vorgang

Ein Operativer Vorgang (OV) war im Rahmen der umfassenden Klärung der Frage „Wer ist wer?“ das wichtigste Mittel des Ministeriums für Staatssicherheit, um Personen durch systematische "operative Bearbeitung" möglichst umfassend kontrollieren, überwachen und beeinflussen zu können.

Nach den Richtlinien des Ministeriums für Staatssicherheit waren Operative Vorgänge anzulegen, wenn der begründete Verdacht einer Straftat vorlag. Das betraf vor allem sogenannte Straftaten im politischen Strafrecht wie etwa Handlungen „gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte“ sowie „Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik“ („staatsfeindliche Hetze“, „verfassungsfeindlicher Zusammenschluß“).

Zum Abschluss eines OV kam es durch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, Anwerbung als IM oder dadurch, dass „Maßnahmen der Zersetzung“ ihr Ziel erreicht hatten oder die Verdachtsgründe sich nicht bestätigten.

Der § 220 StGB/DDR

Öffentliche Herabwürdigung

(1) Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.

01.09.1983	Pazifistische Mahnwachen werden in Ost-Berlin von der Volkspolizei aufgelöst
1984	Die DDR-Behörden erteilen 40 900 Ausreisegenehmigungen
15.03.1986	Die Weimarer Friedensbewegung bittet in einem Offenen Brief um die Veröffentlichung eines Appells zum UN-Jahr des Friedens; darin werden Reisefreiheit, Mitbestimmung sowie die Einhaltung der Menschenrechte gefordert.
09.06.1987	Jugendliche Rock-Fans wollen am Brandenburger Tor auf Ostberliner Seite einem Rock-Konzert auf der westlichen Seite zuhören; es kommt zu Zusammenstößen mit der Volkspolizei
25.11.1987	Durchsuchung der Räume der evangelischen Zionsgemeinde durch Staatssicherheit und Staatsanwaltschaft; Verhaftung von Mitgliedern eines Friedens- und Umweltkreises
17.01.1988	Am Rande der offiziellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration werden über 100 Angehörige der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, sowie der Ausreisebewegung festgenommen, weil sie Transparente mit dem Motto Rosa Luxemburgs „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ mit sich führten
11.09.1988	Schüler der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Pankow protestieren gegen Neonazismus, faschistische Tendenzen und zunehmende Militarisierung in der DDR; sie werden daraufhin der Schule verwiesen
1988	39 832 Bürger mit Ausreiseantrag verlassen die DDR in Richtung Westen
07.05.1989	Oppositionelle registrieren bei den Kommunalwahlen Wahlfälschungen und machen diese bekannt
02.09.1989	In Ungarn mehr als 3.500 ausreisewillige DDR – Bürger
11.09.1989	Ungarn lässt alle Ausreisewilligen in den Westen ausreisen; bis Ende September kommen über 25 000 Übersiedler auf diesem Weg in die Bundesrepublik
19.09.1989	Das Neue Forum beantragt die offizielle Zulassung; der Antrag wird einen Tag später abgelehnt, da die Gruppe staatsfeindlich sei
30.09.1989	5 500 DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft erhalten die Ausreise; mit Sonderzügen gelangen sie über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik
07.10.1989	Die DDR begeht ihren 40. Gründungstag mit einer Festveranstaltung; in mehreren Städten demonstrieren die Bürger für Meinungsfreiheit und Reformen; die Demonstrationen werden brutal aufgelöst, über 1 000 „Randalierer“ festgenommen
09.10.1989	70 000 Menschen demonstrieren in Leipzig, die Sicherheitskräfte halten sich zurück; in den folgenden Wochen demonstrieren in Leipzig und anderen Städten Hunderttausende für Demokratie und freie Wahlen; zugleich flüchten weiterhin Tausende über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau
04.11.1989	Eine halbe Million Menschen demonstriert in Ost-Berlin für Demokratie in der DDR
09.11.1989	Die Berliner Bevölkerung erzwingt die Öffnung der Grenzen
18.03.1990	Erste freie Volkskammerwahl; die Allianz für Deutschland (DA, CDU, DSU) gewinnt die Wahl
13.06.1990	Abriß der Berliner Mauer beginnt
30.06.1990	Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Nachfolgeamtes für Nationale Sicherheit abgeschlossen
01.07.1990	Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion; die DM wird einziges Zahlungsmittel in der DDR
03.10.1990	Die DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
AST.	Außenstelle der BStU
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheitsdienstes
CDU	Christlich - Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Demokratischer Aufbruch; Dienstausweis
DE	Diensteinheit des MfS
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DSU	Deutsche Soziale Union
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer IM
GA	Gerichtsakte
GM	Geheimer Mitarbeiter (Vorläufer des IM)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
KD	Kreisdienststelle des MfS
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
KSZE	Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
SA	Sachakte
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
Thillm	Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien
Uffz.	Unteroffizier
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
WB	West-Berlin
ZK	Zentralkomitee

Bildnachweis

Titelfoto: Durch Sprühen von Losungen machten zwei Weimarer 1988 auf das Eingesperrtsein in der DDR aufmerksam.

(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AU 102/89, S. 101 a)

Umschlag – Rückseite: Tor zum Untersuchungsgefängnis in der Erfurter Andreasstrasse.

(Foto: BStU)

Die Namen von Personen, mit Ausnahme der IM – Decknamen wurden aus Datenschutzgründen verändert.



Gefängnistor der Erfurter U-Haftanstalt